Zeitschrift: Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde

Herausgeber: Historische und Antiquarische Gesellschaft zu Basel

Band: 87 (1987)

Artikel: Von der Bürger- und Gewerbepartei Basel-Stadt zur Nationalen Volkspartei Basel : zur politischen Entwicklung und Programmatik einer rechtskonservativen Partei in der Zwischenkriegszeit (1932-1938)

Autor: Mattioli, Aram / Stirnimann, Charles

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-118194

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 10.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Von der Bürger- und Gewerbepartei Basel-Stadt zur Nationalen Volkspartei Basel

Zur politischen Entwicklung und Programmatik einer rechtskonservativen Partei in der Zwischenkriegszeit (1932–1938)*

von

Aram Mattioli und Charles Stirnimann

I. Einleitung

Die dreissiger Jahre des 20. Jahrhunderts sind als Dezennium der antiliberalen und rechtsgerichteten Diktaturen in die europäische Geschichte eingegangen. Vielerorts in Europa wurden in jenen Jahren der politischen Instabilität die zum Teil erst nach Beendigung des Ersten Weltkrieges geschaffenen parlamentarischen Demokratien von paramilitärisch organisierten, dem Führerprinzip verpflichteten und antidemokratischen Massenbewegungen in ihren Grundfesten erschüttert. In nicht wenigen Ländern der süd- und mitteleuropäischen Staatenzone gelangten diese rechtsgerichteten Bewegungen unter dem Eindruck der grossen Weltwirtschaftskrise an die Macht. Die Umwandlung der parlamentarischen Demokratie in ein diktatoriales Herrschaftssystem, was sich in Italien bereits zwei Jahre nach dem legendären «Marsch auf Rom» (1922) ereignet hatte, vollzog sich in Portugal, Deutschland, Österreich, Griechenland und Spanien in den politischen Krisenjahren nach 1932[1].

* Dieser im Mai 1986 abgeschlossene Beitrag wurde angeregt durch ein Forschungsseminar an der Universität Basel über die Vorgeschichte und die ersten Jahre des «Roten Basel» (1935 ff.). Das Seminar fand im Wintersemester 1985/86 im Staatsarchiv Basel unter der wissenschaftlichen Leitung der Professoren Dr. Markus Mattmüller und Dr. Andreas Staehelin statt.

[1] Antonio de Oliveira Salazar (1889–1970) instaurierte in Portugal im Jahre 1932 den autoritären «Estado novo». Ein Jahr später begann in Deutschland die Aera des Dritten Reiches und in Österreich das kurzlebige Experiment des austrofaschistischen Ständestaates. 1936 begann der franquistische Militärputsch gegen die spanische Republik. Im gleichen Jahr errichtete Ioannis Metaxas (1871–1941) in Griechenland eine Militärdiktatur.

Aber auch in parlamentarischen Systemen mit einer langen demokratischen Tradition verschafften sich in den krisenbewegten dreissiger Jahren all jene politischen Gruppierungen Gehör, die den institutionellen Errungenschaften des politischen Liberalismus stets ablehnend gegenübergestanden waren und die das kapitalistische Wirtschaftssystem in einer unüberwindbaren Strukturkrise wähnten. Selbst in Frankreich wurden die republikanischen Institutionen durch die gewalttätigen Ausschreitungen der antiparlamentarischen Ligen und der royalistischen Action Française politisch in Frage gestellt[2].

Auch die Schweiz konnte sich in jenen Jahren der autoritären Versuchung nicht vollständig entziehen. Zeitweilig, vor allem aber während des «Frontenfrühlings» des Jahres 1933, verstärkten sich auch in unserem Land durch das Aufkommen der nationalen Erneuerungsbewegungen antiparlamentarische und demokratiefeindliche Tendenzen. Die Fronten und Bünde erwiesen sich aber auf die Dauer als politische Strohfeuer[3]. Das allgemeine Krisenbewusstsein machte in der Schweiz auch Teile der etablierten bürgerlichen Parteien bis über den «Röhm-Putsch» vom 30. Juni 1934 hinaus für verschwommene Erneuerungsparolen empfänglich[4]. Dies kam beispielsweise darin zum Ausdruck, dass die seit 1891 im Bundesrat vertretene Schweizerische Konservative Volkspartei und die Liberaldemokratische Partei der Schweiz den Stimmbürgern im Spätsommer 1935 eine aus frontistischen Erneuerungskreisen hervorgegangene Volksinitiative zur Annahme empfahlen, die die Totalrevision der Bundesverfassung vom 29. Mai 1874 anstrebte[5]. Die Totalrevisionsinitiative wurde am 8. September 1935 jedoch wuchtig verworfen, nicht zuletzt auch wegen des engagierten Abstimmungskampfes der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz, deren Integration in den liberalen Bundesstaat in jenen Jahren der Krise erfolgte.

In diesen krisenbewegten Jahren stand die Bürger- und Gewerbe-

[2] Vgl. dazu: Serge Berstein, Le 6 février 1934, Paris 1975.

[3] Vgl. dazu: Peter Gilg/Erich Gruner, Nationale Erneuerungsbewegungen in der Schweiz, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 1, Stuttgart 1966.

[4] Erich Gruner, Konservatives Denken und konservative Politik in der Schweiz, in: Gerd-Klaus Kaltenbrunner (Hg.), Rekonstruktion des Konservativismus, Bern 1978, S. 270. Der Begriff «Erneuerung» war ein politischer Schlüsselbegriff der schweizerischen Zwischenkriegszeit. Sein politischer Bedeutungsgehalt blieb stets etwas diffus und undifferenziert. In der politischen Rhetorik stand jedoch eindeutig die antiliberale Grundsatzkritik am bestehenden Bundesstaat im Vordergrund.

[5] Peter Stadler, Die Diskussion um eine Totalrevision der Schweizerischen Bundesverfassung 1933–1935, in: SZG 1, Zürich 1969, S. 122 ff.

partei Basel-Stadt (BGP), die sich im Mai 1934 in Nationale Volkspartei (NVP) umbenannte, als eine rechtsgerichtete Partei nichtfrontistischen Ursprungs im Geruch, der «antidemokratischen Infektion aus Deutschland»[6] erlegen zu sein. Begründet wurde diese Auffassung damit, dass sich das Presseorgan der NVP Basel – die im Jahre 1930 gegründete «Neue Basler Zeitung» – seit der nationalsozialistischen Machtergreifung zunehmend in prodeutschem Sinne verlauten liess. So kommentierte die «Neue Basler Zeitung» die im März 1935 verfügte Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht in Deutschland, die eine flagrante Verletzung des Versailler Vertrages von 1919 darstellte, mit der Aussage, dass die Pariser Vorortsverträge stets «unsinnige Friedensverträge»[7] gewesen seien und dass von der «deutschen Friedensarmee»[8] für Europa auch in Zukunft keine Gefahr ausgehen werde.

Die zunehmend NS-freundliche Berichterstattung veranlasste das Inspektorat der Abteilung Presse und Funkspruch im Armeestab zu Beginn des Zweiten Weltkrieges dazu, der «Neuen Basler Zeitung» mit Entscheid vom 29. Dezember 1939 das Erscheinen zu verbieten. Mit dieser Massnahme wurde indirekt auch das politische Urteil über die NVP Basel gesprochen, die sich im kollektiven Gedächtnis der Basler Aktivdienstgeneration als prodeutsche Rechtspartei mit nationalsozialistischer Grundhaltung eingeprägt hat. Und dies, obwohl sich die Partei im Jahre 1937 wegen der prodeutschen Auslandsberichterstattung der «Neuen Basler Zeitung» von ihrem Presseorgan getrennt hatte.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die politische Entwicklung und Programmatik der NVP Basel in der Zeit zwischen 1932 und 1938, unter Berücksichtigung ihrer Vorgeschichte, einer kritischen Prüfung zu unterziehen. Auf der Grundlage des heute noch verfügbaren Quellenmaterials soll untersucht werden, ob die NVP Basel in den dreissiger Jahren des 20. Jahrhunderts tatsächlich der antidemokratischen Versuchung erlegen ist[9]. Gleichzeitig soll ihr Verhältnis

[6] Albert Oeri, Schweizertum und Nationalsozialismus, in: ders., Alte Front, Basel 1933, S. 149. Der bekannte Basler Nationalrat und Chefredaktor der «Basler Nachrichten» hat diese Aussage nicht spezifisch auf die BGP Basel-Stadt bezogen. Trotzdem gibt sie in sehr anschaulicher Weise die Meinung wieder, die sich in der politischen Öffentlichkeit über diese Partei herausgebildet hat.

[7] Neue Basler Zeitung (NBZ), 19.3.1935.

[8] NBZ, 18.3.1935.

[9] Besonders aussagekräftig sind die Zentralkommissionsprotokolle der Fortschrittlichen Bürgerpartei (später Bürger- und Gewerbepartei und Nationale Volkspartei) aus der Zeit zwischen 1914 und 1937, in: Staatsarchiv Basel, Privatarchiv 717 (STAB, PA 717).

zu den drei anderen bürgerlichen Parteien des Nationalen Blocks untersucht werden. Methodisch wegleitend war dabei die Unterscheidung zwischen rechtskonservativen und frontistischen Bewegungen. Den Autoren ging es nicht um eine politische Ehrenrettung der NVP Basel, sondern um eine kritisch vergleichende und unterscheidende Betrachtung dieser ins Zwielicht geratenen Organisation. Denn: «Die Aufgabe der Geschichtswissenschaft ist das ständige Klären, Ordnen und kritische Erhellen der Geschichte, die ständige Überprüfung und Entmythologisierung geglaubter Überlieferung . . .[10].»

II. Die Ausdifferenzierung des politischen Systems nach 1905

Was sich in der Schweiz im Jahre 1919 nach der Einführung des Verhältniswahlrechtes für den Nationalrat ereignete, nämlich die beinahe erdrutschartige Verschiebung der bisherigen Mehrheitsverhältnisse und die zunehmende parteipolitische Ausdifferenzierung des politischen Systems, war im Kanton Basel-Stadt bereits in den Jahren nach 1905 zu beobachten gewesen. Die Einführung des Proporzes hatte in Basel bereits vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges eine empfindliche Schwächung der bisherigen bürgerlichen Mehrheitsparteien bewirkt. Während die radikaldemokratische und liberale Traditionspartei ihre absolute Mehrheit im Grossen Rat in den Jahren nach 1905 einbüssten, stellten sich die Sozialdemokratische Partei (SP) und die Katholische Volkspartei (KVP) im Stadtkanton Basel in der Folgezeit als eigentliche Proporzgewinner heraus[11].

Die Einführung des Verhältniswahlrechtes für den Grossen Rat hat in Basel aber auch die Gründung einer vierten bürgerlichen Partei begünstigt, die bereits 1917 über einen Wähleranteil von mehr als 10 Prozent verfügte, was ihr ein Nationalratsmandat und 17 der 130 Grossratssitze eintrug. Die auf Bundesebene am Ende des Ersten Weltkrieges erfolgte parteipolitische Verselbständigung der Bauernschaft und des mittelständischen Gewerbes von der freisinnigen Grossfamilie, die in der Bildung von kantonalen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien gipfelte, hatte in Basel bereits im

[10] Herbert Lüthy, Wozu Geschichte? Zürich 1969, S. 26.

[11] Vgl. dazu: Andreas Staehelin, Basel in den Jahren 1905 bis 1945, in: Lukas Burckhardt u.a., Das politische System Basel-Stadt. Geschichte, Strukturen, Institutionen, Politikbereiche, Basel 1984, S. 58.

Abb. 1. Nationalrat Rudolf Gelpke (1873–1940) (Universitätsbibliothek Basel, Porträtslg.)

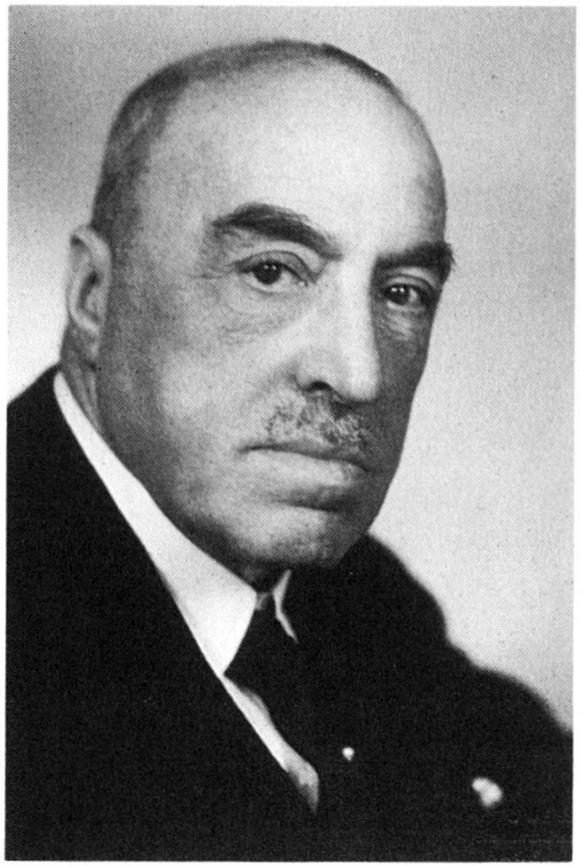

Abb. 2. Regierungsrat August Brenner (1878–1946) (Universitätsbibliothek Basel, Porträtslg.)

Januar 1911 zur Gründung der Fortschrittlichen Bürgerpartei (FBP) geführt[12]. Wie die bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) war auch die FBP aus einer mittelständisch-gewerblichen Loslösungsbewegung von den historischen Parteien hervorgegangen.

Innerhalb der Radikaldemokratischen Partei (RDP), wie die linksliberale Kantonalsektion der Freisinnig-demokratischen Partei der Schweiz in Basel bis 1973 hiess, und der KVP waren die in ihrer Wirkung eher gewerbefeindliche, sozialpolitische Aufgeschlossenheit und die Betonung der Mieter- und Konsumenteninteressen nicht nur auf ungeteilte Zustimmung gestossen. Seit der Jahrhundertwende hatte diese Politik in den minoritären Gewerbe- und

[12] Vgl. dazu: Beat Junker, Die Bauern auf dem Weg zur Politik. Die Entstehung der Bernischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, Bern 1968.

Hausbesitzerkreisen der historischen «Weltanschauungsparteien»[13] für Unmut gesorgt, der sich im Januar 1911 in der Gründung der FBP manifestierte. Die FBP rekrutierte ihre Basis denn auch aus dem ehemals rechtsfreisinnigen Flügel der RDP sowie aus dem konservativen Lager der damals mehrheitlich christlich-sozial ausgerichteten KVP[14]. Organisatorisch war die FBP aus dem 1892 gegründeten Hausbesitzerverein und dem kantonalen Gewerbeverband herausgewachsen[15]. Johann Jakob Pfister-Christen (1854–1912), der eigentliche Initiator der Parteigründung und erste Präsident der FBP, war in Personalunion auch Vorsitzender des Hausbesitzervereins gewesen. Deshalb ist die FBP von Erich Gruner nicht zu Unrecht als «Hausbesitzerpartei»[16] charakterisiert worden.

Politologisch betrachtet, stand bei der FBP in ihren Anfangsjahren nicht eine ideal überhöhte Weltanschauung im Mittelpunkt ihrer politischen Tätigkeit, sondern die mittelständisch-gewerbliche Interessenvertretung im Grossen Rat. Sich selbst verstand die FBP als wirtschaftliche Interessenpartei des gewerblichen Mittelstandes. In den ersten zwanzig Jahren ihres Bestehens verhinderte die enge wirtschaftliche Interessenbindung an den gewerblichen Mittelstand parteiinterne Flügelbildungen, was dieser Partei eine erstaunliche politische Geschlossenheit verlieh. So konnte sich die BGP noch im Jahre 1929 rühmen, keinen «sozialen Renommierflügel»[17] wie die historischen Weltanschauungsparteien zu besitzen.

Mit der FBP riefen die in Basel sich politisch unterrepräsentiert fühlenden und durch die sozioökonomischen Strukturwandlungen

[13] Der Begriff «Weltanschauungspartei» wurde in der Schweiz durch Emil Dürr (1883–1934) in die politische Wissenschaft eingeführt. Vgl. dazu: Emil Dürr, Neuzeitliche Wandlungen in der schweizerischen Politik. Eine historisch-politische Betrachtung über die Verwirtschaftlichung der politischen Motive und Parteien, Basel 1928.

[14] Vgl. dazu: Alfred Müller, Die Fortschrittliche Bürgerpartei von 1911–1914, Basel 1961 (unveröffentlichtes Schreibmaschinen-Manuskript), S. 46–47. Typisch für die parteipolitische Herkunft der Mitglieder der FBP war der politische Werdegang von Dr. August Brenner (1879–1946), dem zwischen 1919 und 1935 amtierenden Regierungsrat der neugegründeten Basler Partei, und Dr. Emil Peter (1870–1928), dem Vater des späteren Regierungsrates der KVP. Der Erstgenannte stammte aus einer stadtbekannten freisinnigen Familie, die mit Ernst Brenner den ersten Basler Bundesrat hervorgebracht hatte. Emil Peter, der führende Politiker der neuen Partei bis 1925, hatte seine politische Lehrzeit in der KVP absolviert.

[15] ibid., S. 3–14.

[16] Erich Gruner, Die Parteien in der Schweiz, Bern 1969, S. 150.

[17] Rundschau. Basler Bürgerzeitung, 23.4.1929 (Bis 1930 wöchentlich erscheinendes Organ der Bürger- und Gewerbepartei Basel-Stadt).

teilweise ins Abseits gedrängten mittelständischen Interessengruppen (Handwerk, Einzelhandel, Hausbesitz) eine «reine Wirtschaftspartei»[18] ins Leben, die im mittelständisch-gewerblichen Lobbyismus ihre politische Hauptaufgabe sah und im ersten Jahrzehnt nach der Parteigründung noch kaum weltanschaulich fundiert war. Dies sollte sich aber zu Beginn der zwanziger Jahre ändern, als die FBP unter dem Eindruck der sensationellen Wahlerfolge der bernischen BGB ihrem Parteiprogramm eine Mittelstandsideologie zugrundelegte.

III. Das Berner Vorbild

Aufgrund ihrer historischen Entstehungsbedingungen gehörte die FBP in die Gruppe der vor und während des Ersten Weltkrieges entstandenen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien, die schon kurz nach ihrer Konstituierung als selbständige Parteien zu einem nicht zu vernachlässigenden Faktor der schweizerischen Bundespolitik aufstiegen[19]. Die Mitglieder der Basler Mittelstandspartei empfanden sich politisch als «Glied der Schweizerischen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei»[20], wie im Jahre 1921 betont wurde. Der eben erst zum Bundesrat gewählte Berner Bauernpolitiker Rudolf Minger (1881-1954) bezeichnete die Basler Erwerbsgruppenpartei im Jahre 1930 in einem Geleitwort zur Erstausgabe der «Neuen Basler Zeitung» sogar als «städtische Schwesterpartei unserer kantonalen Bauernparteien»[21].

Bezeichnenderweise hatte sich die Basler Mittelstandspartei bereits zu Beginn des Jahres 1920 in der Namensgebung an die bernische BGB angeglichen, da sie sich in Bürger- und Gewerbepartei Basel-

[18] Erich Gruner, Die Parteien (s. Anm. 16). Der Begriff «Wirtschaftspartei» geht begriffsgeschichtlich auf Emil Dürr zurück (s. Anm. 13), der ihn als Gegenbegriff zur «Weltanschauungspartei» verwendete. Definitionsgemäss vertritt eine «Wirtschaftspartei» in erster Linie die politischen Interessen einer wirtschaftlichen Erwerbsgruppe. Die bernische BGB kann als Prototyp einer wirtschaftlichen Interessenpartei angesehen werden. Bei ihr weist bereits die Namensgebung auf diesen politologischen Charakter hin.

[19] ibid., S. 156/57. Symbolisiert wurde dieser bundespolitische Aufstieg durch den Eintritt von Rudolf Minger, dem Präsidenten der bernischen BGB, in den Bundesrat, dem er zwischen 1929 und 1940 angehörte. Damit wurde die bernische BGB zur dritten Bundesratspartei. Vgl. dazu auch: Beat Junker/Rudolf Maurer: Kampf und Verantwortung. Bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 1918-1968, Bern 1968, S. 43 ff.

[20] Rundschau, 25.11.1921. Diese politische Standortbestimmung wurde von Grossrat Gottfried Höchli (1856-1950) in einem Parteitagsreferat ausgesprochen.

[21] NBZ, 15.3.1930.

Stadt umbenannte. Es erstaunt deshalb nicht, dass sich der Basler Mittelstandspolitiker Rudolf Gelpke (1873–1940), der 1917 auf der Liste der FBP in den Nationalrat gewählt worden war, der Fraktion der bernischen BGB in den eidgenössischen Räten anschloss. Dieser Fraktionsgemeinschaft gehörte Nationalrat Rudolf Gelpke bis zu seinem Ausscheiden aus der Bundespolitik im Jahre 1935 an. Auch die im Jahre 1930 als offizielles Presseorgan der Partei begründete «Neue Basler Zeitung» lehnte sich in ihrer Namensgebung an das Vorbild der «Neuen Berner Zeitung» an, die 1919 als offizielles Sprachrohr der bernischen BGB ins Leben gerufen worden war. Für die Basler Erwerbsgruppenpartei hatte die bernische BGB seit 1920 durchaus Vorbildfunktion. Dies äusserte sich auch darin, dass die bernischen Bauern- und Gewerbepolitiker Rudolf Minger, Hans Tschumi und Fritz Joss in der BGP Basel-Stadt zu politischen Symbolfiguren aufstiegen, in deren Politik und Weltanschauung sich die Basler Partei wiedererkannte.

IV. Die programmatischen Leitvorstellungen

Aber auch in programmatischer Hinsicht ergaben sich zwischen den beiden Schwesterparteien auffallende Affinitäten. Für beide Parteien war in der Zwischenkriegszeit eine re-aktive Mittelstandsideologie typisch, die auf den Schutz und die Erhaltung des alten, die vorindustriellen Erwerbsgruppen umfassenden Mittelstandes (Bauernschaft, Handwerk, Einzelhandel, Hausbesitz) zielte. Diese mittelständische «Defensivideologie»[22] muss als ideologischer Reflex der durch die sozioökonomischen Strukturwandlungen im Gefolge der industriellen Revolution bedrohten vorindustriellen Sozialgruppen verstanden werden. In diese Mittelstandsideologie erhielt der alte und strukturell bedrohte Mittelstand als «Stütze des Staates»[23] eine gesellschaftliche und politische Bedeutung zugesprochen, die zu seinem realen Gewicht in einem krassen Missverhältnis stand. Im sozialpsychologischen Selbstverständnis der BGP Basel-Stadt nahm der Glaube an die vaterländische und staatserhaltende Mission des alten Mittelstandes eine Schlüsselrolle ein. Als «staatserhaltende Partei»[24] betrachtete sie sich als Damm gegen alle wirtschaftlichen, kulturellen und politischen «Entartungserscheinungen»[25] der Moderne.

[22] Erich Gruner, Konservatives Denken (s. Anm. 4), S. 269.
[23] NBZ, 31.3.1932.
[24] NBZ, 6.4.1932.
[25] NBZ, 22.4.1932.

Neue Basler Zeitung

Bürgerlich-vaterländische Tageszeitung

Zum Geleit!

Abb. 3. Erstausgabe der «Neuen Basler Zeitung», 15. März 1930 (Staatsarchiv Basel)

Abb. 4. Werbeplakat für die «Neue Basler Zeitung» aus den frühen 1930er Jahren von Otto Plattner (Gewerbemuseum Basel)

Wirtschaftstheoretisch war diese mittelständische Defensivideologie einerseits gegen die «grosskapitalistisch-mammonistisch orientierten Parteien»[26] und die ihnen nahestehenden Wirtschaftsunternehmungen gerichtet, andererseits aber auch gegen die Warenhäuser und den Allgemeinen Consum-Verein (ACV), den die «Neue Basler Zeitung» unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise als «roten Totengräber des selbständigen Gewerbes»[27] bezeichnete. Der alte Mittelstand verstand sich somit als staatserhaltender Puffer zwischen Ober- und Unterschicht.

Aufgrund ihrer wirtschaftstheoretischen Überzeugungen muss die BGP Basel-Stadt als «kleinkapitalistische Partei»[28] charakterisiert werden, die grundsätzlich auf dem Boden der Privatwirtschaft stand, aber nicht bereit war, deren mittelstandsfeindliche «Auswüchse» in Gestalt der Konsumgenossenschaften (ACV), des «Dumping-

[26] aus: Die Bürger- und Gewerbepartei Basel. Was sie ist und was sie will, Basel 1923, S. 2, in: Staatsarchiv Basel, Räte und Beamte A 4a.

[27] NBZ, 10.5.1933.

[28] NBZ, 22.3.1932.

Unwesens»[29] (Migros), der Warenhäuser (EPA, Globus) und der «wirtschaftlichen Mammutgebilde»[30] zu dulden. Vereinfacht ausgedrückt, richtete sich die mittelständisch geprägte Wirtschaftskonzeption der BGP Basel-Stadt gegen die rote und die goldene Internationale, da beide eine Gefahr für den alten Mittelstand darstellten[31].

Obwohl sich die Basler Mittelstandspartei in ihren programmatischen Richtlinien vom 26. Januar 1920 ausdrücklich zur Privatwirtschaft bekannt hatte, lehnte sie staatsinterventionistische Eingriffe ins freie Spiel der Marktkräfte zur Zeit der grossen Weltwirtschaftskrise nicht grundsätzlich ab[32]. Im Sinne des mittelständischen Interessenschutzes und der Förderung der «heimatverwurzelten Arbeit»[33] befürwortete die BGP Basel-Stadt seit 1933 ein bundesrätliches Warenhausverbot und die Einschränkung von Artikel 31 der Bundesverfassung, der die Handels- und Gewerbefreiheit garantiert[34]. Konkret unterstützte die Basler Erwerbsgruppenpartei im Jahre 1933 die vom bernischen BGB-Regierungsrat Fritz Joss im Nationalrat eingereichte Motion, die dem einheimischen Mittelstand durch die Einschränkung der Handels- und Gewerbefreiheit eine sichere Existenzgrundlage zu garantieren suchte. Rudolf Gelpke bezeichnete sich an der Basler Mittelstandstagung vom 25. April 1933 sogar als «parlamentarischer Schrittmacher»[35] der Motion Joss. Dies vor allem deshalb, weil die BGP Basel-Stadt im Mittelstandsproblem, das krisenbedingt noch zusätzlich akzentuiert wurde, eine «nationale Existenzfrage»[36] erblickte, wie der seit Ende 1931 amtierende Parteipräsident Dr. Hans Kramer (1892–1970) öffentlich erklärte[37].

[29] NBZ, 26.4.1933. Der Begriff stammt aus der Rede von Nationalrat Rudolf Gelpke an der Basler Mittelstandstagung vom 25. April 1933, an der als Gastreferent der Berner Regierungsrat Fritz Joss sprach.

[30] NBZ, 10.5.1933.

[31] NBZ, 3.5.1933.

[32] Vgl. dazu: Artikel 11 der Richtlinien der Bürger- und Gewerbepartei vom 26. Januar 1920, in: STAB, PA 717.

[33] NBZ, 26.4.1933.

[34] NBZ, 10.5.1933. In dieser Nummer hiess es: «Sollen wir unter Berufung auf die Heiligkeit und Unantastbarkeit des Art. 31 der Bundesverfassung, der die Handels- und Gewerbefreiheit gewährleistet, ruhig zusehen, wie eine Gruppe des gewerblichen Mittelstandes nach der anderen verschwindet . . . ?»

[35] NBZ, 26.4.1933.

[36] ibid.

[37] Der Anwalt Dr. Hans Kramer war 1925 freisinniger Regierungsratskandidat gewesen, verlor aber diese Wahl gegen den sozialdemokratischen Bewerber Gustav Wenk. Nach seinem Übertritt in die BGP Basel-Stadt gehörte er schon bald zu den bekanntesten Vertreten dieser politischen Organisation. Der Artillerieoberst Hans Kramer war zwischen 1932 und 1944 Mitglied des Grossen Rates.

Aber auch den militanten Antisozialismus teilte die Basler Mittelstandspartei mit der bernischen BGB, die sich nach einem Wort Rudolf Mingers vom 28. September 1918 als «politische Felsburg»[38] verstand, an der der Sozialismus zerschellen sollte. Tatsächlich waren im Kanton Bern die Gründungen von lokalen Parteisektionen der BGB oft parallel mit der Bildung von Bürgerwehren erfolgt[39]. Auch die BGP Basel-Stadt trat in der bürgerkriegsähnlichen Konfrontationszeit nach dem Landesgeneralstreik als militante antisozialistische «Ordnungspartei»[40] in Erscheinung, die den politischen Kampf gegen die «rote Unmoral»[41] auf ihre Fahnen geschrieben hatte. Antisozialismus hiess für sie nichts anderes als das politische Einstehen für die Aufrechterhaltung der rechtlichen und sittlichen Ordnung des bestehenden bürgerlichen Staates gegen die beiden linken «Umsturzparteien»[42]. In dieser Hinsicht war die BGP Basel-Stadt wohl die aktivste der vier grossen bürgerlichen Parteien in der Zwischenkriegszeit. So regte sie bereits im Frühsommer 1930 in einem parlamentarischen Vorstoss das Verbot der Kommunistischen Partei der Schweiz an, die in Basel ihre elektorale Hochburg besass[43]. Ein Jahr zuvor hatte die Erteilung des Basler Bürgerrechtes an Dr. Fritz Wieser (1890–1953), den neben Dr. Franz Welti (1879–1934) in den zwanziger Jahren wohl prominentesteten Politiker der KP Basel-Stadt, und an den sozialdemokratischen Nationalrat Friedrich Schneider (1886–1966) einen Sturm der vaterländischen Entrüstung in den Reihen der Basler «Kampfpartei»[44] ausgelöst, die durch eine ausgesprochen antisozialistische law-and-order-Mentalität charakterisiert wurde. Der militante Antisozialismus äusserte sich im Jahre 1935 auch darin, dass die NVP Basel eine Initiative betreffend Ausschluss der Kommunisten aus dem Staatsdienst lancierte, die im Jahre

[38] Rudolf Minger, Die Ziele und die Organisation der Bernischen Bauern- und Bürgerpartei, in: Hermann Wahlen (Hg.), Rudolf Minger spricht. Vierundzwanzig Reden, Bern 1967, S. 46.

[39] Hans-Ulrich Jost, Bedrohung und Enge (1914–1945), in: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Bd. 3, Basel 1983, S. 154.

[40] Rundschau, 23.4.1929.

[41] NBZ, 4.1.1933. Am 9. März 1933 bezeichnete die NBZ die UdSSR als «riesigen Verbrecherstaat».

[42] Rundschau, 23.4.1929.

[43] NBZ, 13.6.1930. Vorgetragen wurde dieser Vorstoss durch den Grossrat und Rechtsanwalt Dr. Walter Wellauer (1892–1954), der zu den profiliertesten Politikern der BGP/NVP gehörte. Vgl. dazu auch: Willi Gerster, Sozialdemokraten und Kommunisten in der Konfrontation 1927–1932, Diss. rer. pol., Basel 1980, S. 286 ff.

[44] Rundschau, 25.11.1921.

1936 in der Aera des «Roten Basel» (1935–1950) eine knappe Mehrheit fand[45].

Ideologisch verankert war diese antisozialistische «Grundsatzpolitik»[46] in einem bodenständigen helvetischen Nationalismus, in dem traditionelle werthaltige Bezugssysteme wie Ehe, Familie, Kirche und Armee eine zentrale Bedeutung innehatten. Darin drückte sich nicht zuletzt ein antimodernistischer Struktur- und Wertkonservativismus aus, der die historisch gewordene «schweizerische Eigenart»[47] durch den beschleunigten sozialen Wandel seit 1870 bedroht sah. Die BGP Basel-Stadt betrachtete sich denn auch als Bollwerk gegen die dekadente grossstädtische Zivilisation, gegen die Tendenz der Vermassung und Säkularisierung des Lebens: «Wenn die Polis edlen baslerischen Geisteslebens immer mehr erdrückt zu werden droht von der Geschäftigkeit der modernen City mit ihren mächtigen Bank- und Handelshäusern und von dem Kranz der Fabriken und der Industriequartiere rund um die Stadt, droht da nicht die Gefahr, dass das berühmte Basel [. . .] eine moderne Grossstadt wird wie tausend andere? Eine Verkehrsstadt ohne besonderen Charakter mehr, doch mit Hochbauten, Lichtreklamen, Autobuslinien, Untergrundbahnen, Verkehrspolizisten und Vergnügungsstätten ohne Zahl![48]»

Zu den traditionswidrigen Erscheinungen des modernen Massenzeitalters gehörte nach Auffassung von Rudolf Gelpke, dem Vordenker der Basler Erwerbsgruppenpartei, auch der seit Jahrzehnten anhaltende «Entschweizerungsprozess»[49] in den Städten, für den die von den Behörden zu grosszügig gehandhabte Einbürgerungspraxis die Hauptschuld trage. Im Oktober 1933 lancierte seine Partei, die in jenen Jahren im Ruf der Fremdenfeindlichkeit stand, eine Initiative betreffend Revision des Basler Bürgerrechtsgesetzes, die den unkontrollierten «Zudrang fremdländischer und nicht assimilierfähiger Elemente»[50] zum Basler Bürgerrecht rigoros einzudämmen ver-

[45] zum «Roten Basel» vgl. Kap. VI.

[46] NBZ, 6.2.1932.

[47] aus: Parteiprogramm der Nationalen Volkspartei Basel vom 2. Oktober 1936, Artikel 23, in: STAB, PA 717.

[48] NBZ, 30.4.1930.

[49] NBZ, 10.10.1933.

[50] NBZ, 21.10.1933. In dieser Nummer ist auch der Wortlaut der Initiative abgedruckt. Als unsinnige Einbürgerungen kritisierte die NBZ jene von Jacques Dicker (Genf) und David Hirsch Farbstein (Zürich). Die Genannten waren in der Zwischenkriegszeit sozialdemokratische Politiker von nationaler Bedeutung. Sie waren beide jüdischer Herkunft und hatten einen Teil ihres Lebens in Russland respektive Polen verbracht bevor sie naturalisiert wurden. Gewisse Äusserungen im Parteiorgan lassen auf ein antisemitisches Latenzpotential schliessen.

Abb. 5. Abstimmungsplakat zur NVP-Initiative vom 14. Nov. 1936, graphische Gestaltung von Otto Plattner (Steffi Plattner, Liestal)

Abb. 6. Typisches Wahlplakat aus den Grossratswahlen des Jahres 1935. Graphische Gestaltung von Otto Plattner. (Museum für Gestaltung Zürich)

suchte. Bezeichnenderweise betrieb die BGP Basel-Stadt auch in dieser Hinsicht eine nackte Interessenpolitik, da sie in der eingesessenen Basler Bürgerschaft einen überdurchschnittlichen elektoralen Rückhalt besass. Mit dieser patriotisch verbrämten Fremdenfeindlichkeit, die sich gegen alle Erscheinungsformen des «unschweizerischen Unkrautes»[51] richtete, brachte die Basler Mittelstandspartei auch zum Ausdruck, dass sie sich als Wahrerin der althergebrachten eidgenössischen Staatsidee verstand. Wie bereits gesehen, hatte sich die BGP Basel-Stadt einen Namen als law-and-order-Partei gemacht, die den Staat stets in seinen Grundfesten bedroht sah. Aus diesem Grund trat sie auch für eine rigorose Verbrechensbekämpfung ein. Selbstverständlich war sie auch eine heftige Befürworterin der Lex Häberlin II, die in der Volksabstimmung vom 11. März 1934 knapp verworfen wurde. In ihren programmatischen Richtlinien vom 26. Januar 1920 gehörte das Bekenntnis zur Demokratie zum unver-

[51] NBZ, 12.7.1933.

zichtbaren Traditionsbestand der Schweiz[52]. Dieses Bekenntnis zur demokratischen Staatsform wurde im Parteiprogramm vom 2. Oktober 1936 erneuert, als die Partei unmissverständlich erklärte, in der Demokratie die «einzige für die Schweiz geeignete Staatsform»[53] anzuerkennen, was in ihrem Selbstverständnis noch dadurch untermauert wurde, dass sie in aussenpolitischer Hinsicht das Ideal des wehrhaften und neutralen Kleinstaates Schweiz vertrat, der seine politische Unabhängigkeit mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu verteidigen hatte[54]. In der Wahrung der unbedingten und bewaffneten Neutralität erblickte die BGP Basel-Stadt denn auch die Hauptaufgabe der schweizerischen Aussenpolitik. Es überrascht deshalb nicht, dass die Erhaltung und Stärkung der schweizerischen Wehrkraft zu den zentralen staatspolitischen Bewusstseinsinhalten der BGP Basel-Stadt gehörte, was sie dadurch unter Beweis stellte, dass sie der eidgenössischen Wehrvorlage vom 24. Februar 1935 mit überwältigender Mehrheit zustimmte.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die ideologische Grundlegung der Basler Mittelstandspartei zu Beginn der zwanziger Jahre unter dem Eindruck der elektoralen Erfolge der bernischen BGB erfolgte. Für beide Parteien waren in der Zwischenkriegszeit eine mittelständische Defensivideologie, die antisozialistische Grundhaltung, der integrale helvetische Nationalismus, der Wert- und Strukturkonservativismus, die sich gegen alles sogenannte Unschweizerische wendende Fremdenfeindlichkeit und die unbedingte Staatstreue typisch. Dieser ideologische Positionsbezug charakterisierte die BGP Basel-Stadt in den zwanziger und beginnenden dreissiger Jahren als rechtskonservative Partei nichtfrontistischen Ursprungs.

V. Der Namenswechsel vom 16. Mai 1934

Dennoch geriet die staatspolitische Zuverlässigkeit der BGP Basel-Stadt seit der nationalsozialistischen Machtergreifung in Deutschland und dem «Frontenfrühling» zunehmend ins Zwielicht, was einerseits mit der prodeutschen Berichterstattung der «Neuen Basler Zeitung», andererseits aber mit der am 16. Mai 1934 vollzogenen Änderung des Parteinamens zusammenhing. Im Mitte-

[52] Richtlinien der Bürger- und Gewerbepartei vom 26. Januar 1920, Artikel 3: «Die Bürger- und Gewerbepartei steht auf dem Boden der Demokratie.», in: STAB, PA 717.

[53] Parteiprogramm der NVP vom 2.10.1936 (s. Anm. 47), Artikel 1, S. 1.

[54] ibid., Artikel 2 und 6, S. 1 ff.

Links-Spektrum der Basler Öffentlichkeit stand die Nationale Volkspartei Basel seit ihrem Namenswechsel im Verdacht, sich zu einer «Nazi-Volkspartei»[55] gewandelt zu haben.

Tatsache ist, dass das Presseorgan der NVP Basel die Errichtung der nationalsozialistischen Diktatur in Deutschland in ihrer Funktion als antibolschewistischer «Gegenbewegung»[56] im befürwortenden Sinne kommentierte. Dies jedoch unter dem Hinweis, dass es für die Schweiz nicht in Frage komme, die Staatsform Deutschlands zu kopieren[57]. Obwohl die «Neue Basler Zeitung» die «Nachäffung ausländischer Methoden»[58] für die Schweiz ablehnte, zeigte sich die NVP Basel in den Jahren zwischen 1933 und 1935 für diffuse ständestaatliche Erneuerungsparolen sehr empfänglich, was vor allem darin zum Ausdruck kam, dass sie ihre enge wirtschaftliche Interessenbindung an den gewerblichen Mittelstand zugunsten der Idee einer schweizerischen «Volksgemeinschaft auf dem Boden der disziplinierten Freiheit und geführten Demokratie»[59] aufgab. Symbolisiert wurde diese programmatische Neuorientierung durch die Umbenennung in NVP Basel, die zum Ausdruck bringen sollte, dass die Partei von nun an jede einseitige wirtschaftliche Interessenbindung an den gewerblichen Mittelstand ablehnte. Konzeptionell vollzog die NVP Basel damit den Übergang von der reinen wirtschaftlichen Interessenpartei zur vaterländischen Weltanschauungspartei, die die Errichtung einer alle Bevölkerungsschichten umfassenden «Volksgemeinschaft auf nationaler Grundlage»[60] anstrebte.

In dieser Beziehung ergaben sich zweifelsohne ideologische Gemeinsamkeiten zu den nationalen Erneuerungsbewegungen, für deren «gesunden vaterländischen Geist»[61], der sich im Antisozialismusaffekt manifestierte, Parteipräsident Hans Kramer grosse Sympathie bekundete, wie er am 3. November 1933 am Parteitag der BGP Basel-Stadt erklärte. Diese unverhohlene politische Sympathie für die antisozialistischen und vaterländischen Programmforderungen der nationalen Erneuerungsbewegungen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die althergebrachte demokratische Staatsform der Schweiz für die Parteimehrheit nicht zur Diskussion stand. Dies hing wesentlich damit zusammen, dass die demokratischen Institu-

[55] Arbeiter-Zeitung (AZ), 17.5.1934.
[56] NBZ, 8.3.1933.
[57] NBZ, 9.3.1933.
[58] ibid.
[59] ibid.
[60] NBZ, 17.5.1934.
[61] NBZ, 7.11.1933.

tionen der Schweiz in der konservativen Weltanschauung dieser rechtsbürgerlichen Partei eine historisch gewachsene Grösse waren, an der unbedingt festzuhalten war, da sich in ihr das Wesen der Schweiz ausdrückte[62].

Meinungsbildend wirkten in dieser Hinsicht auch der «Röhm-Putsch» vom 30. Juni 1934 und der nationalsozialistische Staatsstreichversuch in Österreich, der zur Ermordung von Bundeskanzler Engelbert Dollfuss führte. Am 22. August 1934 stand in der «Neuen Basler Zeitung» denn auch zu lesen, dass sich die Schweizer nie mit einer «Scheindemokratie»[63] zufrieden geben werden: «Wir werden das Rezept , wie man die Schweiz am besten regiere, weder in Rom, noch in Berlin oder in Wien finden; sowohl bolschewistischen wie auch faszistischen Regierungsmethoden steht unsere auf Jahrhunderte zurückgehende demokratische Überlieferung entgegen[64].»

Bezeichnenderweise stand der Namenswechsel vom 16. Mai 1934 nicht nur mit einer programmatischen Neuorientierung im Zusammenhang, sondern auch mit dem seit einigen Jahren diskutierten politischen Projekt, die kantonalen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien in einer gesamtschweizerischen Parteiorganisation zusammenzufassen, wie Hans Kramer in seinem Parteitagsreferat vom 16. Mai 1934 ausdrücklich betonte[65]. Obwohl die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien in den Kantonen Bern, Aargau, Zürich und Basel-Stadt seit Jahren politische Faktoren von Gewicht waren und die bernische BGB seit 1929 den Status einer Bundesratspartei besass, existierte bis 1936 keine gesamtschweizerische Partei mit zentralen Leitungsorganen[66]. Seit 1934 konkretisierten sich aber die politischen Bestrebungen zur Schaffung einer gesamtschweizerischen Partei mit einheitlichem Namen, da sich die bernische BGB als stärkste politische Kraft dieser Parteiengruppe in ihren Statuten vom 19. April 1934 als Sektion der Nationalen Volkspartei der Schweiz bezeichnete[67]. Kaum einen Monat später vollzog ihre Basler Schwesterpartei im Hinblick auf die Schaffung einer Nationalen Volkspartei der Schweiz diesen politischen Schritt. Noch im Frühsommer 1934

[62] NBZ, 8.11.1933. Dr. Jacques Apotheker (geb. 1898) führte dazu aus: «Ein Verzicht der Schweizer auf das klare und starke Bekenntnis zur Republik wäre eine Verleugnung ihrer selbst vor der ganzen Welt.»

[63] NBZ, 22.8.1934.

[64] ibid.

[65] NBZ, 17.5.1934.

[66] Erich Gruner, Schweiz, in: Frank Wende (Hg.), Lexikon zur Geschichte der Parteien in Europa, Stuttgart 1981, S. 619.

[67] aus: Was ist und was will die bernische Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei?, o.O. 1934, S. 1.

bewegte sich die Nationale Volkspartei Basel also im organisatorischen und ideologischen Fahrwasser ihres politischen Vorbildes aus dem Kanton Bern.

VI. Die kritischen Jahre (1933–1936)

In ihrem Wahlkommentar zu den Bürgerratswahlen vom 11./12. November 1933 wertete die der RDP nahestehende «National-Zeitung» den vergangenen Wahlkampf als einen der hässlichsten, der je zwischen den bürgerlichen Parteien stattgefunden habe. Es sei in erster Linie ein Kampf zwischen RDP und BGP Basel-Stadt gewesen. Die RDP hätte «die Listenverbindung mit der sie jahraus jahrein beschimpfenden, die Fronten hätschelnden und mit den deutschen Nationalsozialisten sympathisierenden Bürgerpartei abgelehnt»[68]. Tatsächlich war es im Vorfeld der Wahlen zur Neubestellung des vierzigköpfigen Bürgerrates zu scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der Parteien des «Nationalen Blocks»[69] gekommen. Die RDP hatte den Liberalen und der KVP unter der Voraussetzung, dass die BGP davon ausgeschlossen würde, ein Angebot zu einer Listenverbindung gemacht. Die KVP ihrerseits suchte die Verbindung aller vier «nationalen» Parteien, während die Liberalen eine Verbindung mit der BGP unter allen Umständen einzugehen wünschten. Schliesslich marschierten die bürgerlichen Parteien zum ersten Mal seit der Einführung der Listenverbindung im Jahre 1923 getrennt. Allerdings mit Ausnahme der Liberalen und der BGP, die ihre beiden Listen trotzdem verbanden. Die Wahlen brachten Stimmengewinne für die beiden Linksparteien zulasten der Liberalen und der KVP, die je einen Sitz einbüssten. Die BGP und die RDP hingegen konnten

[68] National-Zeitung, 13.11.1933.

[69] Der «Nationale Block» hatte sich bereits anlässlich der Nationalratswahlen von 1917 – noch unter dem Majorzsystem – aus Liberalen, RDP, KVP und FBP gebildet. Man schloss damals eine Übereinkunft, dass diejenige Partei, die bereits im ersten Wahlgang zwei Mandate erreichen würde, zugunsten einer erfolglosen bürgerlichen Partei auf den zweiten Sitz verzichten würde. Dieser Fall trat denn auch ein. Die Liberalen verzichteten zugunsten des Katholiken Ernst Feigenwinter. Der im Landesstreik zusammengeschweisste Nationale Block bewährte sich auch anlässlich des lokalen Generalstreiks vom August 1919. In der äusserst aggressiv geführten Regierungsratsersatzwahl vom Februar 1919 siegten der Katholik Dr. Rudolf Niederhauser und der FBP-Kandidat Dr. August Brenner knapp über die beiden Sozialdemokraten Friederich Schneider und Dr. Walter Strub. Damit waren bis 1935 alle vier bürgerlichen Parteien in der Regierung vertreten. Vgl. dazu auch: Hanspeter Schmid, Krieg der Bürger, Zürich 1980, S. 66 ff.

ihre Sitzzahl halten[70]. Hauptmerkmal der Wahl war jedoch ohne Zweifel das Nichtfunktionieren der traditionellen Listenverbindung des Nationalen Blocks gewesen. Persönliche Rivalitäten und historisch gewachsene politische Animositäten sowie konfessionelle Ressentiments hatten das Verhältnis der vier Blockparteien zwar immer geprägt[71], sie waren jedoch bis zu diesem Zeitpunkt immer zurückgestellt worden, im gemeinsamen Abwehrreflex gegen die beiden Linksparteien. Das Instrument der Listenverbindung war somit zu einer Art Indikator für das Verhältnis der vier Blockparteien untereinander geworden. Noch anlässlich der Grossrats- und Regierungsratswahlen vom Frühjahr 1932 hatte die übliche Listenverbindung zwischen den vier bürgerlichen Partnern stattgefunden. Der Nationale Block hatte die Wahlen denn auch gewonnen. Als eigentlicher Wahlsieger schwang die RDP obenaus. Sie erhöhte ihre Mandatszahl um fünf Sitze, von 18 auf 23, und wurde damit zur eindeutig stärksten bürgerlichen Partei. Die BGP fiel von 15 auf 13 Sitze zurück. Diese Veränderung der Kräfteverhältnisse innerhalb des Nationalen Blocks zugunsten der RDP dürfte beim negativen Entscheid der Radikaldemokraten von 1933 eine massgebliche Rolle gespielt haben[72].

Würden sich die Risse im Nationalen Block anlässlich der Gesamterneuerungswahlen für den Grossen Rat und den Regierungsrat im Frühjahr 1935 weiter vertiefen oder würden sie im Interesse der bürgerlichen Solidarität notdürftig übertüncht? Die Umbenennung der BGP in NVP war sicherlich nicht dazu angetan, die Kritiker eines Zusammengehens mit der «Steuripartei»[73] im freisinnigen Lager zum Verstummen zu bringen. Nun sollten jedoch diese Wahlen unter ganz besonderen Vorzeichen stattfinden: im Herbst 1934 wurden nämlich massive Vorwürfe wegen Veruntreuung von Staatsgeldern in der Schulmaterialverwaltung laut. Im Visier war der sozialdemokratische Vorsteher des Erziehungsdepartementes Dr. Fritz Hauser (1884–1941). Initiiert wurde die ganze Kampagne von der NVP. Die

[70] Resultate der Bürgerratswahlen vom 11./12. November 1933: RDP 7(7), BGP 6(6), Liberale 6(7), EVP 1(1), KP 5(4), SP 11(9), KVP 4(5).
Quelle: Basler Jahrbuch 1935.

[71] Albert Oeri, Zur Frage der Zusammenarbeit der bürgerlichen Parteien, in: ders., Alte Front, Basel 1933, S. 75 ff.

[72] siehe Resultate der Grossratswahlen im Anhang.

[73] Von ihren politischen Gegnern, insbesondere von der Linkspresse, wurde die BGP Basel-Stadt als «Steuri-Parti» verballhornt, oder gar als «Steurifaschisten» tituliert, nach deren Parteisekretär Dr. Eduard Steuri (1896–1966): Studium der Rechte in Basel, 1920 Doktorexamen, ab 1923 Sekretär der BGP und Redaktor der «Rundschau», 1929–1936 Mitglied des Grossen Rates, ab 1936 Geschäftsleiter der Schweizerischen Benzinunion. Von 1930–1936 war Eduard Steuri auch Redaktor an der «Neuen Basler Zeitung».

Linkspresse («Arbeiter-Zeitung» und «Basler Vorwärts») beschuldigte aber auch Albert Oeri, Chefredaktor der «Basler Nachrichten» und den radikaldemokratischen Nationalrat Victor Emil Scherer Drahtzieherdienste geleistet zu haben, um den «Fall Hauser» erst richtig zu lancieren[74]. Die Stichhaltigkeit der Vorwürfe gegen Fritz Hauser konnten nicht mehr vor den Frühjahrswahlen 1935 abgeklärt werden[75]. Der Nationale Block war entschlossen, den Sturz des sozialdemokratischen Erziehungsdirektors herbeizuführen. Zu diesem Zweck portierte er eine Sechserliste für die Regierungsratswahlen vom 23./25. März 1935. Andererseits engagierten sich aber zahlreiche Persönlichkeiten aus Schule, Kunst und Wissenschaft, weit über den Kreis der Linksparteien hinaus, für den verdienten sozialdemokratischen Politiker Fritz Hauser. Nachdem die SP die bürgerliche Herausforderung angenommen hatte und mit einer Viererliste den Kampf um die Regierungsmehrheit aufnahm, kam es in der Folge zu einem äusserst hart und polemisch geführten Wahlkampf zwischen dem Nationalen Block und der vereinten Linken. Denn die Kommunisten entschlossen sich zum ersten Mal die sozialdemokratischen Regierungsratskandidaten aktiv zu unterstützen. Mit dem glänzenden Wahlsieg der SP, die mit einem Programm der sozialen Verteidigung gegen die drohende deflationistische Abbau- und Sparpolitik angetreten war, begann die Aera des «Roten Basel». Während die SP im Regierungsrat mit Fritz Hauser, Gustav Wenk, Fritz Brechbühl und Fritz Ebi über eine Mehrheit verfügte, verloren die KVP und die NVP ihre 1919 gewonnenen Sitze in der Regierung. Auch bei den Grossratswahlen hatte die SP gleichzeitig im kommunistischen wie auch im linksbürgerlichen Elektorat erheblich Stimmen dazugewonnen. Im Parlament entstand eine Pattsituation zwischen dem Nationalen Block und den beiden Linksparteien, sodass die je drei Vertreter der Evangelischen Volkspartei (EVP) und des Freiwirtschaftsbundes das Zünglein an der Waage spielten.

Die Wirtschaftskrise, die dramatischen aussenpolitischen Veränderungen und der «Fall Hauser» hatten diesen Wahlen ihr besonderes Gepräge verliehen. Die daraus resultierende Polarisierung zwischen dem Bürgerblock und den Linksparteien hatte das Klima innerhalb des Nationalen Blocks ohne Zweifel stark beeinflusst. Zwar fand für die Grossratswahlen keine Listenverbindung der vier bürgerlichen Parteien statt. Aber für die Regierungsratswahlen überwand die RDP

[74] Vgl. dazu auch: Andreas Staehelin (s. Anm. 11), S. 74.

[75] Die Staatsanwaltschaft stellte das Verfahren gegen Dr. Fritz Hauser (1884–1941) Ende Oktober 1935 ein, da er zwar Nachlässigkeiten, aber keine strafbaren Handlungen begangen habe.

ihre Bedenken gegenüber der NVP. Der Bürgerblock stellte eine gemeinsame, vorgedruckte Sechserliste auf, die neben zwei radikaldemokratischen und liberalen Kandidaten auch je einen Vertreter der KVP und der NVP umfasste. Dieses bürgerliche Zusammenrücken ist umso bemerkenswerter, als die NVP nicht nur in grossen Teilen der Bevölkerung stark diskreditiert war, sondern gleichzeitig den spektakulären Beschluss fasste, ihren seit sechzehn Jahren amtierenden Regierungsvertreter Dr. August Brenner (1878–1946) nicht mehr zu nominieren. Parteiintern, insbesondere unter den Gewerbevertretern, hatte sich eine starke Opposition gegen eine erneute Kandidatur Brenner geltend gemacht[76]. Die NVP nominierte deshalb neu Ingenieur Hans Meyer, der zwar bei der Wahl durchfiel, aber ein respektables Ergebnis erzielte. Wichtig scheint uns jedenfalls die Feststellung, dass die überwältigende Mehrheit des bürgerlichen Elektorates offensichtlich keine Bedenken hatte, für den NVP-Kandidaten zu stimmen[77]. Die bürgerliche Wählerbasis hatte somit zum grossen Teil den Schulterschluss akzeptiert, eine kleine, jedoch entscheidende Minorität wechselte hingegen definitiv zur SP. Die Katerstimmung in der NVP war allgemein, hatte sie doch nicht nur ihren Regierungsratssitz eingebüsst, sondern auch bei den Grossratswahlen drei ihrer dreizehn Mandate verloren. Sie musste von allen bürgerlichen Parteien am meisten Stimmen abgeben und wurde somit zum ersten Mal klar und eindeutig zum elektoral schwächsten Glied des «Nationalen Blocks».

Über die sozialdemokratisch-gewerkschaftliche «Kriseninitiative», die Arbeitsbeschaffungsmassnahmen, eine aktive Ausgabenpolitik des Staates (deficit spending) sowie Lohn- und Preisvorschrif-

[76] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 18. Februar 1935, STAB, PA 717. Nähere parteiinterne Hinweise, die die Nichtnomination August Brenners erhellen könnten, liegen nicht vor. Offensichtlich sahen gewisse Gewerbevertreter ihre wirtschaftlichen Interessen durch den langjährigen Baudirektor zuwenig effizient vertreten. Gleichzeitig dürfte er auf dem NS-freundlichen Erneuerungsflügel der Partei ebenfalls keine Freunde gehabt haben. Zudem machte er nicht den Eindruck einer starken politischen Persönlichkeit. Auffällig ist ferner, dass er nach 1935 an keiner einzigen Zentralkommissionssitzung mehr auftaucht. Alt Regierungsrat August Brenner hat somit an der parteiinternen politischen Meinungsbildung nicht mehr teilgenommen.

[77] So hat Ingenieur Hans Meyer anlässlich des 1. Wahlganges 15 777 Stimmen erhalten, das heisst ungefähr 200 Stimmen mehr als der zweite radikaldemokratische Kandidat und lediglich 100 Stimmen weniger als der bisherige KVP-Regierungsrat Rudolf Niederhauser. Der einzige im 1. Wahlgang wiedergewählte bürgerliche Regierungsrat, der radikaldemokratische Edwin Zweifel, erzielte 17 303 Stimmen. (Quelle: Sonderabdruck aus dem Statistischen Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt, Jahrgang 1935).

ten für die Sicherung von Minimaleinkommen vorsah, stimmten die Schweizer Männer am 2. Juni 1935 ab. Bei der Bekämpfung der knapp verworfenen Initiative hatte sich die NVP besonders hervorgetan. Nationalrat Rudolf Gelpke präsidierte sogar das eidgenössische Gegenkomitee. Am Parteitag vom 17. Mai 1935 begründete er die Ablehnung mit der Wahrung des föderalistischen Charakters der Schweiz, dem entschlossenen Kampf gegen den Staatssozialismus sowie mit der Bewahrung der gesellschaftlichen und politischen Stabilität[78].

Besonders aufschlussreich für den Standort der NVP war ihre Haltung gegenüber der aus nationalen Erneuerungskreisen hervorgegangenen Initiative betreffend der Totalrevision der Bundesverfassung, über die am 8. September 1935 abgestimmt wurde. «Die Krisis, deren Zeitgenossen und Zeugen wir sind, ist weniger eine Krisis der Demokratie an sich, als vielmehr eine Krise der liberalen Demokratie, eine Krisis der wirtschaftlichen und geistigen Freiheitsbegriffe. Deshalb der Ruf der Erneuerungsbewegungen nach stärkerer Betonung der Autorität im Staate [. . .] Wenn wir die Demokratie retten wollen, bemerkt Bundesrat Etter in seinen Betrachtungen über ‹Die schweizerische Demokratie›, dann kann dies nur geschehen auf dem Wege der Neugestaltung zur christlichen Demokratie [. . .] Wer die Schweizergeschichte nicht erst vom Jahre 1798 an datiert und beurteilt, der weiss, dass die alte Eidgenosssenschaft ein Ständestaat war und dass dieser Umstand ihre grosse Stärke darstellte [. . .] Die Vereinsfreiheit muss daher durch eine Koalitionsordnung ergänzt werden, die gelegentlich zu Zwangsmassnahmen führen kann[79].» Diese Kernaussagen machte am Parteitag der NVP vom 19. August 1935 Dr. Heinrich Wechlin[80], Chefredaktor des konservativen «Berner Tagblattes» als Referent zur Totalrevisionsvorlage der Bundesverfassung. Zum Schluss bekräftigte er «die unerschütterlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung als Grundlage eines gesunden Gedeihens unseres Volkes» und setzte sich damit «in Gegensatz zur Weltanschauung der französischen Revolution und des Marxismus»[81]. Im Namen der NVP wies Dr. Emil König (1889–1976),

[78] NBZ, 18.5.1935.

[79] NBZ, 20.8.1935.

[80] Heinrich Wechlin war eine der schillerndsten Figuren des schweizerischen Frontismus. 1935 war er Mitglied der «Eidgenössischen Front». 1937 wurde er laut AZ vom 5.2.1937 zum Sekretär von alt Bundesrat Musy gewählt. 1940 scheint er eine bedeutende Rolle beim Empfang der Frontisten durch Bundespräsident Marcel Pilet-Golaz gespielt zu haben. Vgl. dazu: Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, Basel/Stuttgart 1971, S. 341 ff.

[81] NBZ, 20.8.1935.

Redaktor an der «Neuen Basler Zeitung», auf den Umstand hin, dass die NVP «in den letzten Jahren immer und immer wieder für eine Stärkung der Regierungsautorität eingetreten» sei und gleichzeitig «gegen die Auswüchse des Parlamentarismus Front gemacht» habe. Bei diesem «Kampf der vaterländisch gesinnten Jugend» könne die NVP nicht auf der Seite «des Gouvernementsfreisinns und des Marxismus» stehen[82]. Darauf wurde einmütig – bei einigen wenigen Enthaltungen – Unterstützung der Initiative betreffend Totalrevision der Bundesverfassung beschlossen. Die Divergenz der Zielsetzungen der Revisionsbewegung sind von Peter Stadler dargestellt worden[83]. An der antiliberalen und antisozialistischen Hauptstossrichtung der Revisionsfreunde, die letztlich in ständestaatlich verbrämten Demokratieabbau einmünden sollte, kann jedoch nicht ernsthaft gezweifelt werden. Die aus nationalen Erneuerungskreisen hervorgegangene Initiative wurde schliesslich zu einer frontistisch rechtskonservativen Koproduktion. Mit ihrer vehementen Befürwortung befand sich die NVP jedoch keineswegs im politischen Abseits. Denn die KVP Basel-Stadt folgte der befürwortenden Parole der Schweizerischen Konservativen Volkspartei und unterstützte die Totalrevision ebenfalls. Auch die Liberaldemokratische Partei der Schweiz befürwortete bemerkenswerterweise die Totalrevision – entgegen einem Ablehnungsantrag Albert Oeris, der sich zumindest in der Basler Partei gegen starken Widerstand durchsetzen konnte[84]. Die NVP trat in dieser Frage äusserst selbstbewusst auf und scheute sich nicht, die Basler Radikaldemokraten und Liberalen zusammen mit Kommunisten und Sozialdemokraten als «Hauptschreier gegen die Totalrevision»[85] an den Pranger zu stellen. Gleichzeitig verwies sie mit hämischer Genugtuung auf die befürwortenden Parolen der Waadtländer Freisinnigen und Liberalen. Die bernische BGB, damals gerade in erbitterte Grabenkämpfe mit den Jungbauern verwickelt, beschloss an ihrer Delegiertenversammlung Stimmfreigabe. Nach der undiskutablen Niederlage der Revisionsbefürworter – die Initiative war im Verhältnis von 5 zu 2 abgelehnt worden – ging man im Nationalen Block trotz den hart geführten Auseinandersetzungen wieder zur Tagesordnung über; denn noch stand man unter dem Trauma der Frühjahrswahlen – mit dem erstmaligen Verlust der Regierungs-

[82] ibid.

[83] Peter Stadler (s. Anm. 5), S. 75 ff.

[84] NBZ, 23.8.1935. In dieser Nummer wird das Abstimmungsergebnis bei den Basler Liberalen mit 44 zu 31 Stimmen gegen die Totalrevision angegeben.

[85] NBZ, 5.9.1935.

mehrheit – und im Herbst 1935 standen schwierige Nationalrats- und Ständeratswahlen vor der Türe.

Die bittere Wahlniederlage vom Frühjahr war noch nicht verarbeitet und die bei einem Wahlsieg der Linken prophezeiten «Genfer Verhältnisse» waren nicht eingetroffen. Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen bemühten sich die beiden Hauptkontrahenten innerhalb des Nationalen Blocks, RDP und NVP, die gegenseitige Polemik zumindest gegen aussen auf ein Minimum zu beschränken. Denn die RDP bangte um den Ständeratssitz von Dr. Ernst Thalmann, die NVP um das Nationalratsmandat von Rudolf Gelpke, während die Nationalratssitze der Liberalen und der KVP als gesichert gelten konnten. Die Liberalen traten einmal mehr als Initianten für die Listenverbindung der «nationalen» Parteien auf[86], die Radikaldemokraten erklärten sich einverstanden unter der Bedingung, dass ihr Ständerat Ernst Thalmann unterstützt würde. In der NVP erwuchs der neuerlichen Verbindung mit der RDP und der Unterstützung des mehrfachen Verwaltungsrates Ernst Thalmann namentlich durch den Erneuerungsflügel starke Opposition[87]. Am Parteitag vom 1. Oktober 1935 konnte jedoch eine Mehrheit gefunden werden, die der Listenverbindung und der Unterstützung Ernst Thalmanns zustimmte, vor allem in Sorge um die Sicherung der Wiederwahl Rudolf Gelpkes. Der Parteitag schloss versöhnlich nach einem Referat von Dr. Hektor Ammann, Staatsarchivar des Kantons Aargau, zur «Schweizerischen Aussenpolitik in der europäischen Krise»[88].

Die Reaktion der Linken auf das neuerliche Wahlbündnis des Nationalen Blocks war heftig. Der kommunistische «Basler Vorwärts» polemisierte: «Wer Freisinn wählt – wählt Nazi!» Der Basler Freisinn schreie von allen Plakatwänden, dass er nicht für das Hakenkreuz sei, und in Tat und Wahrheit helfe er der «hiesigen Hakenkreuzpartei» ihr Nationalratsmandat zu sichern[89]. Die Wahl wurde für den Nationalen Block zum Debakel: der Ständeratssitz ging an den Sozialdemokraten Gustav Wenk verloren, und Nationalrat Rudolf Gelpke wurde in seinem Amt nicht mehr bestätigt. Der Trend der Frühjahrswahlen hatte sich vollumfänglich bestätigt: die Linke gewann zum ersten Mal die Mehrheit der sieben baselstädtischen

[86] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 19. August 1935, STAB, PA 717.

[87] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 20. September 1935, STAB, PA 717.

[88] NBZ, 1.10.1935.

[89] Basler Vorwärts, 23.10.1935.

Nationalratssitze (3 SP, 1 KP). Das Mandat von Rudolf Gelpke ging trotz zahlreicher Panaschierstimmen von anderen bürgerlichen Listen verloren, da die NVP in ihrem Gesamtstimmenanteil auf 8,1% (1931: 10,5%) zurückgefallen war.

VII. Die parteiinterne Diskussion über den Kurs der Partei

Schon wenige Tage nach der für die NVP katastrophalen Wahlniederlage wurden die Mitglieder der Zentralkommission (erweiterter Parteivorstand) zu einer Aussprache über Ziele und weitere Tätigkeit der Partei eingeladen. Hans Kramer führte in einem einleitenden Referat vier mögliche Gründe für den elektoralen Rückgang an: 1) Den Namenswechsel der Partei; 2) Die Aufdeckung von Skandalen; 3) Die mangelnde Parteitätigkeit; 4) Die «sogenannte Fascistenfreundschaft»[90]. Seiner Ansicht nach war der Namenswechsel kein Grund des Rückganges, sondern die Partei habe gerade deshalb eine Zukunft. Die Aufdeckung von Skandalen – damit war der «Fall Hauser» angesprochen – habe die Partei wahrscheinlich bei den Wahlen benachteiligt, sei jedoch unbedingt nötig gewesen. Zu den aussenpolitischen Stellungnahmen der «Neuen Basler Zeitung» erklärte er, dass es unrichtig gewesen wäre, die «Deutschlandhetze mitzumachen». Der wichtigste Grund des gegenwärtigen Rückganges scheine ihm die mangelnde Parteitätigkeit. Für Dr. Jakob Mühlethaler, Präsident der Ortsgruppe Basel des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz», war der Namenswechsel gerechtfertigt, denn man müsse die «heranwachsende Generation zu erfassen suchen». Dr. Daniel Kessler, ab 1938 Parteisekretär und Grossrat, beklagte die Überalterung der Partei, sowie den Umstand, dass man als extreme Rechtspartei gelte. Man müsse künftig versuchen, sich zwischen RDP und Liberale einzuschieben. Das allzu heftige Eintreten für den Lohnabbau des Staatspersonals habe der Partei geschadet. Er schloss mit der Feststellung: «Wir dürfen nicht immer den Sturmtrupp für die Liberalen bilden.» Verschiedene Votanten verlangten eine klare Distanzierung von den Fronten. Emil König erklärte, man dürfe unter keinen Umständen weiter mit dem «Geruch der äussersten Rechtspartei behaftet bleiben». In seinem Schlusswort führte Hans Kramer aus, dass politisches Rechtsstehen kein Vorwurf an die Partei sei, da dies nicht gleichbedeutend mit wirtschaftlichem Rechtsstehen sei. Aber vielleicht habe sich die Partei «allzusehr im Schlepptau der

[90] Protokolle der Zentralkommissionssitzungen vom 8. und 28. November 1935, STAB, PA 717.

Grossindustrie und der Trusts» gefunden. Die Fühlungnahme mit der Arbeiterschaft sei unbedingt erforderlich. Schliesslich schloss er mit folgendem Bekenntnis: «Früher oder später wird es zur Schaffung einer nationalen Einheitspartei kommen, es geht uns eben immer noch zu gut. Wir müssen bereit sein, diese Strömung aufzufangen, wenn der nationale Aufbruch erfolgt. Die Wirtschaftsparteien haben sich de facto doch überlebt.»

Es fällt auf, dass in einer ersten Phase der parteiinternen Diskussion nach den Wahlniederlagen vom Frühjahr und vom Herbst 1935 zwei Elemente im Vordergrund standen: Ist die NVP eine rechtsbürgerliche gewerbliche Interessenpartei oder eine rechtsextreme vaterländische Weltanschauungs- und Volkspartei? und eine zweite Frage, die sich für jede andere bürgerliche Partei ebenfalls stellte: Sollte man gegenüber der roten Regierung Obstruktionspolitik oder eine eher konstruktive Oppositionspolitik betreiben? Die parteiinterne Kritik am aussenpolitischen Kurs der «Neuen Basler Zeitung» wurde anfänglich noch sehr vorsichtig und zurückhaltend formuliert, im Laufe des Jahres 1936 jedoch wurde sie von Monat zu Monat lauter und unüberhörbarer.

Anlässlich der regierungsrätlichen Vorlage zur Sanierung der Staatsfinanzen, gegen welche die KP das Referendum ergriffen hatte, stellte sich im April 1936 für die NVP die Grundsatzfrage der einzuschlagenden Politik gegenüber der sozialdemokratischen Regierung[91]. Im Grossen Rat hatte sich die NVP der Stimme enthalten. In der Zentralkommission trat Dr. Walter Wellauer vehement für die Ergreifung eines zweiten Referendums durch die NVP ein. Denn als bürgerliche Oppositionspartei müsse sie dem sozialistischen Regiment die finanziellen Mittel entziehen. Wenn der Staat nicht mehr in der Lage sei, seine Verpflichtungen zu erfüllen und das Staatspersonal zu entlöhnen, dann sei die Stellung der roten Regierung von Grund auf erschüttert. Walter Wellauers Konfrontationspolitik war jedoch chancenlos und erzielte in der Schlussabstimmung lediglich drei Stimmen. Denn das sei keine parteipolitische Frage, «sondern eine jeden Bürger betreffende ernste Angelegenheit», man solle insbesondere auch an die Besitzer von Staatsobligationen denken, die im Fall einer allgemeinen Finanzkatastrophe in schwere Mitleidenschaft gezogen würden, gab Hans Meyer zu bedenken. Emil König präsentierte den Anwesenden eine Statistik über die Zugehörigkeit der Parteimitglieder zu den verschiedenen Berufskategorien. Danach gehörten 46% dem Gewerbe und

[91] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 6. April 1936, STAB, PA 717.

26% dem Kaufmannsstand an. Und er zog daraus folgende Schlüsse: «Durch Bekämpfung der wenn auch ungenügenden, jedoch für den Mittelstand tragbaren Sanierungsvorlage einem Staatsbankrott zuzusteuern, nur um die rote Regierung möglichst zu kompromittieren, liegt jedenfalls nicht im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Parteimitglieder. Das Gewerbe, vor allem das darniederliegende Baugewerbe ist geradezu auf Staatsaufträge in der gegenwärtigen Krisenzeit angewiesen. Bei Insolvenz des Staates können jedoch diese in die Millionen gehenden Staatsaufträge nicht mehr erteilt werden.» Hans Kramer doppelte in erstaunlich nüchterner und pragmatischer Weise nach, indem er erklärte, es sei Sache der Liberalen, das Referendum gegen die Finanzvorlage zu ergreifen, «da die oberen Steuerzahler durch die neuen Steuererhöhungen stark belastet» würden. Zudem wäre es unklug, «wenn die N.V.P. den Liberalen als Prellbock dienen wollte».

Diese nüchtern pragmatische Linie in der Finanz- und Wirtschaftspolitik verfolgte die NVP auch in den folgenden Monaten und Jahren. Sie betrieb, wie alle anderen bürgerlichen Parteien auch, gegenüber der roten Regierung keine offene Obstruktionspolitik. Der legendäre «Arbeitsrappen»[92], ein Herzstück der regierungsrätlichen Antikrisenpolitik, fand phasenweise sogar ihre Zustimmung und Unterstützung. «Der Arbeitsrappen funktioniert!» titelte die «Neue Basler Zeitung» am 2. November 1936; und das sei gut und nötig. In der Volksabstimmung über den Bau des Verwaltungsgebäudes «Spiegelhof» im November 1936 beschloss man Unterstützung, für den Bau des Kollegiengebäudes der Universität immerhin Stimmfreigabe. Diese Beschlussfassung sei namentlich auch aus Rücksicht auf das notleidende Handwerk und Gewerbe gefasst worden[93].

Für die am gleichen Wochenende stattfindende Abstimmung über die von der NVP lancierte Initiative auf Ausschluss der Kommunisten aus dem Staatsdienst verfassten die vier bürgerlichen Parteien einen gemeinsamen Aufruf an die Stimmbürger, die Vorlage zu unterstützen[94]. Zudem vereinbarten die vier Parteien für die gleichzeitig durchgeführten Bürgerratswahlen in aller Stille eine Listenverbin-

[92] Vgl. dazu: Jacques Stohler, Der Basler Arbeitsrappen, Diss., Zürich 1957 sowie Eugen A. Meier, Der Basler Arbeitsrappen 1936–1984, Basel 1984.

[93] NBZ, 6.11.1936.

[94] NBZ, 13.11.1936.

[95] Erstaunlicherweise sind in der Tagespresse weder vor noch nach dem Wahlgang Hinweise auf diese Listenverbindung zu finden. Betrachtete die politische Öffentlichkeit diesen Schritt als selbstverständlich und keines weiteren Kommen-

dung[95]. Trotz dem geeinten Auftreten des Bürgerblocks erlitt die NVP einen weiteren Rückschlag: sie verlor zwei ihrer sechs Bürgerratsmandate[96]. Dieser neuerliche Wählerverlust hat die parteiinternen Ausmarchungen beschleunigt und akzentuiert.

VIII. Die Trennung von der «Neuen Basler Zeitung»

Am 27. Januar 1937 wurde am Parteitag in der Safranzunft die Trennung der Partei von der «Neuen Basler Zeitung» mit 31 gegen 13 Stimmen zum Beschluss erhoben[97]. Mit 23 gegen 17 Stimmen wurde auch das der Partei angebotene Gastrecht – wie etwa zwischen RDP und «National-Zeitung» – in der «Neuen Basler Zeitung» abgelehnt. In einer dritten Abstimmung beschloss der Parteitag darauf einstimmig die Gründung eines parteigebundenen Wochenblattes. Hans Kramer hatte einleitend im Auftrag der Zentralkommission die Trennung von der Zeitung beantragt, da die innere Einheit der Partei durch die aussenpolitische Haltung der «Neuen Basler Zeitung» gestört würde. Er selbst schien zu den Befürwortern eines Gastrechtes in der «Neuen Basler Zeitung» gehört zu haben. In der anschliessenden Diskussion sprachen sich jedoch insbesondere Jacques Apotheker, Emil König und Hans Meyer für eine absolute Trennung aus. Auf der anderen Seite traten Daniel Kessler und Walter Wellauer für die Beibehaltung der «Neuen Basler Zeitung» als Parteiorgan ein. Diesem Parteitagsbeschluss waren einige turbulente Sitzungen der Parteigremien vorausgegangen.

Im November 1935 waren 85 000 Franken an neuem Kapital an die «Neue Basler Zeitung AG» einbezahlt worden[98]. Seit ihrer Gründung im Jahre 1930 hatte die Zeitung finanziell einen schweren Stand, um sich neben den drei anderen bürgerlichen Tageszeitungen («Basler Nachrichten», «National-Zeitung», «Basler Volksblatt») behaupten zu können. Die neuen Geldgeber stammten aus Kreisen des «Volks-

tars würdig? Der Verfasser der Basler Chronik im Basler Jahrbuch 1938 H.L. Freyvogel schrieb von einer Listenverbindung, die die «historischen bürgerlichen Parteien» eingegangen seien. Die NVP kann jedoch eindeutig nicht zu den historischen bürgerlichen Parteien gerechnet werden. Dass die Listenverbindung zwischen allen vier bürgerlichen Parteien stattgefunden hat, wird durch das Kantonsblatt Basel-Stadt Nr. 35 vom 28. Oktober 1936 belegt.

[96] Resultate der Bürgerratswahlen vom 14./15. November 1936: RDP 7(7), NVP 4(6), Liberale 7(6), EVP 1(1), KP 5(5), SP 10(11), KVP 5(4), Freiwirtschaftsbund 1(–). Quelle: Basler Jahrbuch 1938.

[97] Protokoll des Parteitags vom 27. Januar 1937, STAB, PA 717..

[98] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 6. April 1936, STAB, PA 717.

bundes für die Unabhängigkeit der Schweiz»[99], der damit seinen Einfluss auf das Redaktionkonzept noch zusätzlich verstärkte. Parteiintern wurde immer lauter beklagt, die von auswärts stammenden Verwaltungsräte, die ebenfalls dem «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» angehörten, namentlich Kaspar Oswald und Hektor Ammann (beide bis Sommer 1939[100]) kümmerten sich nicht im Geringsten um die Partei, sondern wollten lediglich dem deutschen Wohle dienen[101]. Deshalb hätten auch von rund 700 Parteimitgliedern nur noch 300 das Parteiorgan abonniert. Unwidersprochen blieb etwa auch die Äusserung, das Blatt habe in Deutschland eine viel grössere Verbreitung als in Basel. Hans Meyer erklärte, dass die politischen Auffassungen des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» nicht mit denjenigen der grossen Mehrheit der Parteimitglieder übereinstimme. Der Sekretär des Basler Gewerbeverbandes Dr. Hans Gerster kritisierte, die «Neue Basler Zeitung» habe auch viele Katholiken vor den Kopf gestossen, die sich wieder der KVP angeschlossen hätten, die heute wieder weiter rechts stehe als früher. Tatsächlich hatte die «Neue Basler Zeitung» – eindeutig auf den deutschen Nationalsozialismus ausgerichtet – nie gezögert, etwa die klerikalen Züge des Austrofaschismus zu kritisieren oder sich von Fall zu Fall über das lateinische Pathos des italienischen «Duce» zu mokieren. Die ganze Debatte über die aussenpolitische Berichterstattung der «Neuen Basler Zeitung» war jedoch nicht zu trennen von der Grundsatzdiskussion um die Ziele und die Tätigkeit der NVP. So tauchten im Rahmen dieser Debatte immer wieder Grundsatzerklärungen der führenden Parteiexponenten auf, wie jene Walter Wellauers, der sich «vom Sieg der nationalen Entwicklung in Europa» überzeugt zeigte und betonte, er komme immer mehr dazu «ein nationaler Sozialist zu werden». Als Parteibezeichnung erscheine ihm «Nationale sozialistische Volkspartei» angemessen. Doch was theoretisch richtig wäre, sei politisch nicht möglich wegen der «NSAP Deutschlands». Rudolf Gelpke brachte in einer Zuschrift sein prinzipielles Einverständnis

[99] Der 1921 gegründete «Volksbund für die Unabhängigkeit der Schweiz» war ursprünglich eine prodeutsche Vereinigung, die die Aussen- und Völkerbundspolitik des Bundesrates bekämpfte, sich jedoch immer mehr autoritären Strömungen öffnete. Drei der führenden Mitglieder (Wilhelm Frick, Andreas von Sprecher, Hektor Ammann) initiierten die berüchtigte «Eingabe der Zweihundert» an den Bundesrat vom 15. November 1940. Vgl. dazu: Edgar Bonjour, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Bd. IV, Basel/Stuttgart 1971, S. 349 ff.

[100] Angaben nach Bibliographie der Schweizer Presse, bearb. von Fritz Blaser, Bd. 1.2., Basel 1956/58 (Quellen zur Schweizer Geschichte, Neue Folge Abt. IV, Bde VII/1 und VII/2).

[101] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 11. Dezember 1936, STAB, PA 717.

mit der aussenpolitischen Haltung der «Neuen Basler Zeitung» zum Ausdruck. Gleichzeitig forderte er aber auch, die Partei müsse «dem bodenständigen Gewerbe» wieder mehr Bedeutung zumessen. Grossrat Dr. Erich Bolza hingegen erklärte ohne Umschweife, die «Neue Basler Zeitung» stehe «nun einmal im Geruch ein 20 Pfennigblatt zu sein», weshalb die Partei sich von der Zeitung trennen müsse. Verwaltungsrat Kaspar Oswald erklärte, die neuen Geldgeber hätten sich eben durch die Bezeichnung Nationale Volkspartei blenden lassen, aber da die Vertretung der Gewerbeinteressen offenbar vielen Parteimitgliedern als Parteiideal vorschwebe, so wolle man doch in Frieden auseinandergehen.

Das Stärkeverhältnis zwischen dem gewerblich-rechtskonservativen Flügel und dem NS-freundlichen Erneuerungsflügel kam am Parteitag, der die Trennung von der «Neuen Basler Zeitung» vollzog, im Zahlenverhältnis von 31 zu 13 Stimmen nur sehr bedingt zum Ausdruck. Denn noch an der vorbereitenden Zentralkommissionssitzung hatte das Ergebnis lediglich 10 zu 6 Stimmen für eine Trennung gelautet[102]. So kann beispielsweise kein Zweifel darüber bestehen, dass Hans Kramer im Grunde den Kurs der «Neuen Basler Zeitung» billigte und nur aus Opportunitätsgründen eingelenkt hatte. Alt Nationalrat Rudolf Gelpke verkörpert eindrücklich jene ambivalente Haltung gegenüber dem deutschen Nationalsozialismus, die für zahlreiche rechtsbürgerliche Politiker jener Epoche typisch war. Es muss jedoch festgehalten werden, dass der harte NS-freundliche Kern in der NVP immer minoritär geblieben ist. Es wäre jedoch verfehlt, den Mehrheitsflügel in jenen kritischen Jahren als immun gegenüber autoritären Versuchungen (Initiative zur Totalrevision der Bundesverfassung, KP-Verbote) zu charakterisieren.

IX. Die Rückkehr zu den politisch-ideologischen Anfängen

Der Trennungsbeschluss gab in der Tagespresse zu zahlreichen Kommentaren Anlass. So sah sich Max Wagner (1900–1951)[103], Redaktor an der «Neuen Basler Zeitung», veranlasst, scharf gegen die

[102] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 22. Januar 1937, STAB, PA 717.

[103] Max Wagner war vom 1.6.1931–8.11.1939 (!) Redaktor an der «Neuen Basler Zeitung». 1935 hatte er auf der Liste der NVP für den Grossen Rat kandidiert. Ab 1940 betreute er als Redaktor den neugeschaffenen «Landwirtschaftlichen Informationsdienst». Seine jahrelange Tätigkeit als nationalsozialistischer Propagandist war offensichtlich kein Hinderungsgrund, ihm 1940 eine Führungsposition in einem BGB-nahen Verbandsorgan anzuvertrauen.

«Basler Nachrichten» zu protestieren, die die staatspolitische Zuverlässigkeit seines Blattes in Frage gestellt hätten. Die «zweifelhafte Ehre», in Deutschland zugelassen zu sein, teile die «Neue Basler Zeitung» mit verschiedenen anderen Schweizerblättern: so dem «Vaterland», dem «Basler Volksblatt», der «Neuen Berner Zeitung» sowie mit den beiden freisinnigen Blättern «Thurgauer-Zeitung» und «Zürichsee-Zeitung». Auch die von mehreren Tageszeitungen vertretene These, die NVP sei von der BGB auf eine «saubere schweizerische Grundlage» gedrängt worden, wies er zurück, da nach seinem Verständnis die NVP diese «schweizerische Grundlage» nie über Bord geworfen hatte[104]. Es gibt tatsächlich keinerlei Hinweise auf eine Intervention der BGB irgendwelcher Art. Im Gegenteil, die Beziehungen zur BGB waren und blieben ausserordentlich eng und ungetrübt. Noch im November 1936 – kurz vor dem Trennungsbeschluss – hatte Markus Feldmann, Chefredaktor der «Neuen Berner Zeitung» und späterer BGB-Bundesrat, vor der NVP Basel zum Thema «Diktatur oder Demokratie?» gesprochen. Er würdigte dabei «auch das Positive» an den «diktatorisch regierten Staaten, die z.B. auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik wertvolle Gedanken der korporativen Gliederung hervorgebracht» hätten[105].

Am 12. März 1937 erschien die erste Nummer des «Basilisk», der sich als «baslerisches Kampfblatt gegen den roten Internationalismus und gegen alle bürgerliche Wetterfahnenpolitik» präsentierte[106]. Verantwortlicher Redaktor des wöchentlich erscheinenden neuen Parteiorgans der NVP war Emil König, der während einiger Monate auch noch die Grossratsberichterstattung für die «Neue Basler Zeitung» weiterführte. Hans Kramer trat vom Verwaltungsratspräsidium der «Neuen Basler Zeitung AG» zurück. Das Verhältnis zwischen der «Neuen Basler Zeitung» und dem «Basilisk» war anfänglich absolut korrekt, wurde jedoch zusehends gespannter, da Emil König die politische Abgrenzung gegenüber der «Neuen Basler Zeitung» regelrecht gesucht hat. Plakativ vorgetragene Bekenntnisse zum Parlamentarismus und zur Demokratie sollten das lädierte Image der NVP wieder aufpolieren. So stellte er beispielsweise die provokative Frage, ob die «Neue Basler Zeitung» das Parlament lieber durch einen «Faszistenrat» ersetzt sehen möchte[107]. Kurze Zeit vorher hatte sich der «Basilisk» schützend vor Bundesrat Minger gestellt, der aus frontistischen Kreisen angegriffen worden war[108]. An den politischen Inhal-

[104] NBZ, 6.2.1937.
[105] NBZ, 11.11.1936.
[106] Basilisk, 12.3.1937.
[107] Basilisk, 23.7.1937.
[108] Basilisk, 2.4.1937.

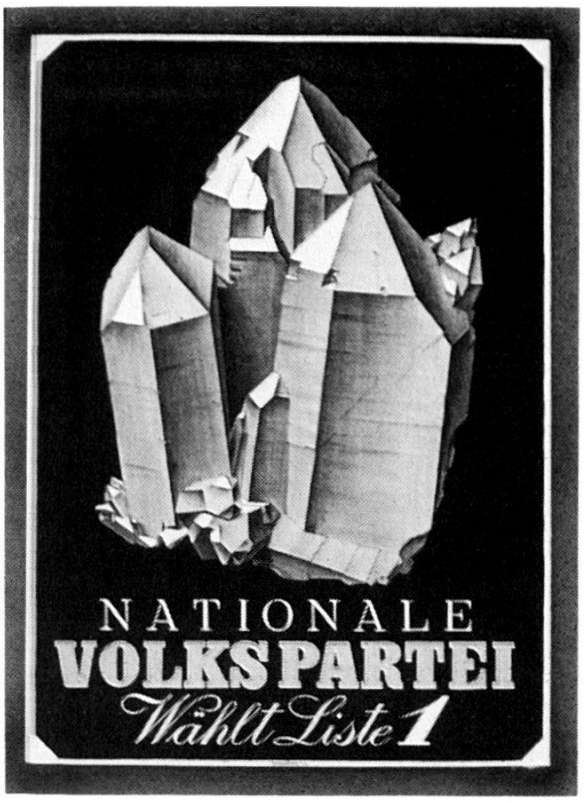

Abb. 7. Wahlplakat zu den Nationalratswahlen vom 29. Oktober 1939. Graphische Gestaltung von Niklaus Stoecklin. (Gewerbemuseum Basel)

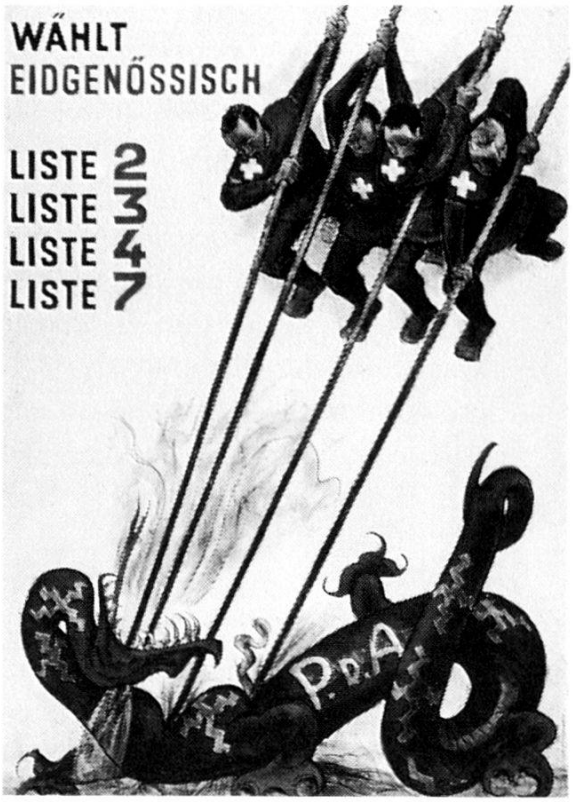

Abb. 8. Vom Generalstreik zum «Kalten Krieg»: antikommunistische Wahlpropaganda aus dem Jahre 1947. Graphische Gestaltung von Otto Plattner. (Museum für Gestaltung Zürich).

ten und der prononciert rechtskonservativen Tagespolitik änderte sich jedoch nichts. So beschloss die NVP im Mai 1937 einstimmig, eine kantonale Volksinitiative betreffend Ausschluss der Dienstverweigerer aus dem Staatsdienst zu lancieren[109]. Die in der Romandie ab 1937 vor allem von den Liberalen initiierten kantonalen KP-Verbote, die «in verzweifeltem Widerspruch zur liberalistischen Programmatik»[110] standen, wurden von der NVP als vaterländische Grosstaten bejubelt, die es auch in anderen Kantonen nachzuahmen gelte[111]. Einen relativen Erfolg konnte die Partei im April 1937 verbuchen, als Walter Wellauer mit 68 Stimmen zum Grossratspräsidenten gewählt wurde. Da die Linke über 62 Mandate verfügte, darf

[109] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 19. Mai 1937, STAB, PA 717.

[110] Hans von Greyerz, Der Bundesstaat seit 1848, in: Handbuch der Schweizer Geschichte, Bd. II, Zürich 1977, S. 1182.

[111] Die Propagierung des KPS-Verbotes war eine Konstante während der gesamten Erscheinungszeit des Basilisk (12. März 1937 – 25. Februar 1938); so beispielsweise ein zweiseitiger Grundsatzartikel «Ein Kommunistenverbot in der Schweiz?» vom 30. April 1937.

angenommen werden, dass der gesamte Nationale Block, auch die RDP sowie die Vertreter von EVP und der Freiwirtschafter seine Wahl zum höchsten Amt des Kantons ermöglichten.

Als um die Jahreswende 1936/37 die kantonalen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien sich als schweizerische Parteiorganisation konstituierten, nahm die NVP Basel eine abwartende Stellung ein, hielt sich jedoch die Brücke für einen späteren Beitritt ausdrücklich offen, da man sich durch die «gemeinsamen vaterländischen Ideale und die mittelständische Zielsetzung» verbunden wisse. Begründet wurde diese Zurückhaltung, trotz «Einigkeit im Programmatischen», mit dem allenthalben spürbaren Interessenkonflikt zwischen Produzenten und Konsumenten. Bei der Majorisierung der städtischen Glieder der schweizerischen Gesamtpartei durch das bäuerliche Element könnten städtische Konsumentenrücksichten, bei allem gegenseitigen Verständnis, zu kurz kommen. Da die NVP niemals die Rolle eines unsicheren Kantonisten in der Gesamtpartei spielen wolle, werde man vorerst die weitere Entwicklung abwarten[112].

Bezeichnend für das Bemühen der NVP, vom Image einer mit dem Frontismus liebäugelnden Partei wegzukommen, war die parteiinterne Diskussion über die im Herbst 1937 zur Abstimmung gelangende frontistische Freimaurerverbots-Initiative. Man erwog schon allein aus taktischen Gründen keine Unterstützung der Initiative[113]. Diese Abstimmung bot der «geläuterten» NVP eine glänzende Gelegenheit, ein öffentliches Bekenntnis zu den demokratischen Grundfreiheiten abzulegen und sich gleichzeitig deutlich vom diskreditierten Frontismus zu distanzieren. Die Partei beschloss mit grossem Mehr, diesen «scharfen Einbruch in die Vereinsfreiheit» abzulehnen[114].

Für das Verhältnis der NVP zu den drei anderen bürgerlichen Parteien war die Trennung von der «Neuen Basler Zeitung» letztlich ohne Bedeutung geblieben. Viel entscheidender für dieses Verhältnis war die offene Krise in den Reihen der NVP und die massive elektorale Schwächung der Partei. Im Oktober 1937 kam es anlässlich einer Strafgerichtspräsidentenwahl zur direkten Konfrontation zwischen der NVP und den Liberalen. Die knapp obsiegenden Liberalen entrissen der NVP dabei den Sitz eines Strafgerichtspräsidenten, den

[112] Basilisk, 26.3.1937.

[113] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 21. Oktober 1937, STAB, PA 717.

[114] Protokoll der Zentralkommissionssitzung vom 16. November 1937, STAB, PA 717.

diese seit Jahren besetzt gehalten hatte. Dieser «Mandatraub»[115] der Liberalen illustrierte das Verhalten der drei anderen bürgerlichen Parteien, die berechtigte Hoffnungen hegten, auf Kosten der dahinserbelnden NVP Wählerprozente und Mandate gewinnen zu können. Folgerichtig blieben die Offerten der NVP für ein gemeinsames Auftreten des Bürgerblocks bei den vorgezogenen Grossrats- und Regierungsratswahlen vom 19./20. Februar 1938 unbeantwortet. RDP, KVP und Liberale zogen zum ersten Mal ohne BGP/NVP in den gemeinsamen Regierungswahlkampf und hatten zudem ihre drei Grossratslisten untereinander verbunden. Der Nationale Block, während des Ersten Weltkrieges gegründet, in den Tagen des Generalstreiks zusammengeschweisst, hatte, von der Ausnahme des Jahres 1933 abgesehen, während zwanzig Jahren bürgerliche Interessen effizient und solidarisch wahrgenommen. Die aus dem Bürgerblock verdrängte NVP erlitt 1938 eine eklatante Wahlniederlage, indem sie von 11 auf 6 Mandate zurückfiel[116]. KVP, RDP und Liberale gewannen je ein Mandat. Sie konnten jedoch über diesen bescheidenen Erfolg nicht glücklich werden, angesichts der Wiederwahl aller vier sozialdemokratischen Regierungsräte und dem Gewinn der absoluten Mehrheit durch die vereinte Linke auch in der Legislative.

Seit dem Ende der «Steuri-Kramer Politik», der Trennung vom «nordisch gefärbten 20-Pfennig-Blatt» und der verstärkten Einflussnahme der Gewerbetreibenden, sei die NVP nicht extremer rechtsstehend als irgend eine Blockpartei, hatte die «Arbeiter-Zeitung» im Vorfeld der Wahlen geschrieben[117]. Bezüglich der RDP war diese Charakterisierung mit Sicherheit von Wahlkampfpolemik gefärbt, der Vergleich mit der KVP und den Liberalen hingegen war zu diesem Zeitpunkt im Kern ohne Zweifel richtig. Allerdings mit der Einschränkung, dass auch nach 1938 noch einzelne Parteiexponenten der NVP den «point of no return» überschritten. So die beiden NVP-Grossräte Hans Fischer und Hans Kramer, die 1940 zu den Unterzeichnern der berüchtigten «Eingabe der Zweihundert» gehörten. Der «Basilik» musste aus finanziellen Gründen auf Ende Februar 1938 sein Erscheinen einstellen. Bei den Grossratswahlen von 1941 kandidierte die Partei wieder unter dem Namen Bürger- und Gewerbepartei; im Jahre 1943 präsentierte sie zusammen mit den Liberalen eine gemeinsame Nationalratsliste[118]; und im Jahre 1957 fusionierten

[115] Basilisk, 15.10.1937.

[116] siehe Resultate der Grossratswahlen im Anhang.

[117] Arbeiter-Zeitung (AZ), 5.2.1938.

[118] Die Liberalen gewannen aufgrund dieser gemeinsamen Liste 1943 ein zweites Nationalratsmandat. Neben Albert Oeri wurde Nicolas Jaquet gewählt.

die beiden Parteiformationen schliesslich zur Liberaldemokratischen Partei Basel-Stadt.

X. Schlussbemerkungen

Die BGP/NVP gehörte aufgrund ihrer historischen Entstehungsbedingungen, ihrer Sozialstruktur und Programmatik in die Gruppe der um den Ersten Weltkrieg entstandenen kantonalen Bauern-, Gewerbe- und Bürgerparteien. Die BGP/NVP Basel-Stadt hatte ihre Basis nicht nur aus dem rechtsfreisinnigen Lager, sondern auch im konservativen Flügel der damals mehrheitlich christlichsozial ausgerichteten KVP rekrutiert: eine Besonderheit im Vergleich zum sonst fast ausschliesslich protestantischen Charakter der BGB-Kantonalparteien. Die programmatischen Affinitäten zur bernischen BGB wurden noch zusätzlich unterstrichen durch die Namensgebung des Parteiorgans und den Namenswechsel von 1934. Die äusserst homogene Mitgliederstruktur (Kleinunternehmer, Gewerbetreibende, Kaufleute, Hausbesitzer) und die antimodernistische Mittelstandsideologie prädestinierten die BGP/NVP zur Speerspitze des Nationalen Blocks im Kampf gegen die beiden linken «Umsturzparteien». Die BGP/NVP war seit ihrer Gründung eine aggressiv politisierende rechtskonservative Kampfpartei. Die von ihr systematisch betriebene Dämonisierung der politischen Linken hatte in der Konfrontationszeit der zwanziger Jahre grosse Sympathien bei einem Teil des Bürgertums geweckt. Rechtskonservative Parteien wie die BGP/NVP hatten mit den zu Beginn der dreissiger Jahre auftretenden nationalen Erneuerungsbewegungen zahlreiche Gemeinsamkeiten: die traditionellen vaterländischen Bezugssysteme wie Volksgemeinschaft und Pflichtgefühl, Vaterland, Kirche, Ehe und Familie sowie eine leidenschaftliche Zuwendung zu allem Militärischen; zu verteidigen galt es diese «heiligen» Werte gegen den alleszersetzenden internationalistischen Sozialismus. Auf dem Hintergrund der Krise des liberalen Staates und Wirtschaftssystems fanden nationale Erneuerungskreise und rechtskonservative Kräfte zu einer zeitweiligen Zusammenarbeit anlässlich der Initiative für die Totalrevision der Bundesverfassung. Divergenzen politisch-institutioneller Art blieben allerdings zwischen diesen beiden Strömungen bestehen.

Die BGP/NVP war nie eine Partei nationalsozialistischen Typus'. Trotz grosser Sympathien für autoritäre Ideen rückte die Partei zumindest in ihrer Programmatik nie von ihrem Bekenntnis zur demokratischen Staatsform ab. Allerdings wurden in der Tagespoli-

tik, sei es durch einzelne Parteiexponenten, sei es durch die «Neue Basler Zeitung», diese demokratischen Grundsatzerklärungen öfters ausserordentlich strapaziert. Das Bild der BGP/NVP als politische Partei wurde im kollektiven Gedächtnis letztlich wohl nicht primär durch die Programmatik, sondern durch die Parteipresse, durch öffentliche Veranstaltungen und das Auftreten von einzelnen Parteiexponenten geformt. Der minoritäre, aber selbstbewusst auftretende NS-freundliche Flügel hatte vor allem durch seinen grossen Einfluss auf die «Neue Basler Zeitung» das Bild der Partei in der Öffentlichkeit entscheidend mitgeprägt. Ferner illustriert die starke Einflussnahme des «Volksbundes für die Unabhängigkeit der Schweiz» auf das Parteiorgan der BGP/NVP exemplarisch die Tatsache, dass autoritäre Strömungen in der Schweiz nicht lediglich als Folge ausländischer Ereignisse verstanden werden dürfen, sondern ihre Wurzeln in der unmittelbaren Nachkriegszeit hatten. Die engen Verbindungen der BGP/NVP mit der Basler Bürgerwehr und dem Vaterländischen Verband runden dieses Bild noch zusätzlich ab.

Abgesehen von der scharfen Polemik zwischen RDP und BGP/NVP anlässlich der Bürgerratswahlen von 1933, traten die Parteien des Nationalen Blocks, immer geschlossen auf. Erstaunlicherweise wurde die BGP/NVP in dem Moment aus dem Bürgerblock verstossen, als sie ihre «demokratische Läuterung» frisch vollzogen hatte. Ganz offensichtlich spekulierten RDP, KVP und Liberale auf abtrünnige Wähler und Mandatsgewinne auf Kosten der krisengeschüttelten Partei. Im Unterschied zur RDP hatten Liberale und Katholiken im Verlauf der dreissiger Jahre nie demokratische Skrupel, das Bündnis mit der ins Zwielicht geratenen BGP/NVP einzugehen.

In den dreissiger Jahren verlor die BGP/NVP mehr als die Hälfte ihres Elektorates. Die NS-freundliche Hofberichterstattung der «Neuen Basler Zeitung» hat mit Bestimmtheit diesen politischen Niedergang beschleunigt. Eigentliche Ursache des massiven politischen Terrainverlustes war jedoch das Unvermögen der Parteiführung, die Zeichen der Zeit richtig zu deuten. Denn die dreissiger Jahre brachten trotz allem Verbalradikalismus einen eigentlichen politischen Klimawechsel in Richtung Konkordanzdemokratie. Eine Partei, die die harte, kompromisslose Konfrontationspolitik der zwanziger Jahre verkörperte, musste, ohne massive Kurskorrekturen, auf dem neuen politischen Terrain – etwa zunehmend geprägt durch die Zusammenarbeit in Sachfragen von SP und RDP – beinahe zwangsläufig ins politische Abseits geraten. Denn abgesehen von der pragmatischen Finanz- und Wirtschaftspolitik, setzte die BGP/NVP ihre Konfrontationspolitik fort. Die allzu spät und zuwenig konsequent

betriebene innerparteiliche Flurbereinigung war nur das sichtbarste Zeichen für eine in antisozialistischer Demagogie und Bürgerkriegsmentalität erstarrte rechtskonservative Partei.

Aram Mattioli,
Missionsstrasse 38,
4055 Basel

Charles Stirnimann, lic. phil.
Palmenstrasse 17,
4055 Basel

Anhang

Basler Grossratswahlen: 1929–1941

Mandatsverteilung auf die politischen Parteien

	1929	*1932*	*1935*	*1938*	*1941*
Liberale	18	16	15	16	15
RDP	18	23	20	19	17
BGP/NVP	15	13	10	6[1]	4
KVP	13	14	13	14	11
EVP	3	3	3	1	1
SP	34	38	46	51	55
KP	25	19	16	15	–[2]
LdU	–	–	–	5	21
Andere[3]	4	4	7	4	6
Total	130	130	130	130	130

[1] Der auf der bürgerlichen Riehener Dorfliste gewählte Hans Fischer schloss sich 1938 der NVP-Fraktion an.

[2] Die Auflösung der KPS durch den Bundesrat am 27. November 1940 bewirkte den Ausschluss der 15 gewählten Kommunisten aus dem Grossen Rat und den Verlust der linken Mehrheit in der baselstädtischen Legislative. Das Parteiverbot verunmöglichte eine Kandidatur der KP im Jahre 1941.

[3] inklusive Riehen/Bettingen

Quelle: Statistisches Jahrbuch des Kantons Basel-Stadt 1941, Basel 1942